



Foto: Markus Schreiber / picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Die Abgeordneten des 21. Deutschen Bundestages können wesentlich dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Glückwünsche für die demokratischen Abgeordneten – „Am Sozialen nicht sparen!“

SoVD richtet Appell ans Parlament

Der 21. Deutsche Bundestag ist am 25. März zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Am Vorabend sollten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse zu den Koalitionsverhandlungen abgegeben haben. Doch viele zentrale Fragen blieben kontrovers.

Schon zu Beginn der Gespräche hatte der SoVD die involvierten Politiker*innen in persönlichen Gesprächen und auch in Schriftform um Berücksichtigung seiner Kernforderungen gebeten.

Nach den Sondierungsgesprächen waren ab dem 13. März insgesamt 256 Personen in 16 Arbeitsgruppen in die Beratungen gestartet mit dem Ziel, den Koalitionsvertrag auszuhandeln.

Verhandlungen im Eiltempo in 16 Arbeitsgruppen

In jeder Arbeitsgruppe tagten, zugeordnet nach Themenblöcken, jeweils 16 Fachpolitiker*innen aus der CDU (6), CSU (3) und SPD (7). Als Verhandlungsbasis diente ihnen das elfseitige Sondierungspapier, in

dem man sich zuvor im Groben auf gemeinsame Vorhaben verständigt hatte. Bis zum 24. März, also binnen zehn Tagen, wollte man ausformulierte Ergebnisse vorlegen. Diese werden dann von einer Steuerungsgruppe koordiniert und zusammengefasst. Deren Mitglieder entsprechen den Teilnehmenden der früheren Sondierungsgruppe. Am Ende entscheiden die Parteigremien und deren Spitzen über den Koalitionsvertrag. Bei der SPD haben die Mitglieder das letzte Wort.

Innen- und außenpolitische Bedingungen sehr schwierig

Die hohe Tempovorgabe ist den äußerst schwierigen innen- und außenpolitischen Bedingungen geschuldet. Auch in Bezug auf den finanziellen Rahmen sind die Umstände extrem. So hing in der politischen Zwischenphase von alter und neuer Regierung zunächst Wesentliches davon ab, ob der Bundestag im Rahmen einer Sondersitzung das Grundgesetz ändern würde, um die von Union und SPD ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Schluss mit der Ungerechtigkeit!

SoVD kritisiert Schieflage zwischen Geschlechtern

Seite 6



Wohngeldreform zeigt erste Erfolge

Mehr Menschen wenden sich an SoVD-Sozialberatung

Seite 3



Mehr Mindestlohn

SoVD plädiert für schnelle Anhebung auf über 15 Euro

Seite 4



Diskriminierung im Alter

Hohe Dunkelziffer bei Benachteiligungen

Seite 7



Wir wünschen allen SoVD-Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden unseres Verbandes ein frohes Osterfest!

**Ihr SoVD-Vorstand,
Verbandsrat und
Bundeskonzern**

Foto: Fox / Adobe Stock

Hier befindet sich das Adressfeld für die Etikettierung im Einzelversand

Glückwünsche für die demokratischen Abgeordneten – SoVD-Vorsitzende mahnt: „Am Sozialen nicht sparen!“

SoVD richtet dringenden Appell ans Parlament

Fortsetzung von Seite 1

planten Finanzprojekte festzuzurren. Für diesen Schritt wurden die Stimmen der Grünen gebraucht, die voraussichtlich nicht Teil der künftigen Regierungskoalition sein werden und ihre Zustimmung nicht bedingungslos geben wollten.

Nach langer Kontroverse machte der Bundestag zu guter Letzt den Weg frei für die von den „Koalitionär*innen in spe“ eingebrachte Lockerung der Schuldenbremse. Nach dieser werden Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit ab einer bestimmten Höhe von der Schuldenbremse ausgenommen. Die zweite Neuerung betrifft ein Sondervermögen genanntes Kreditpaket für Infrastruktur und Klimaschutz. Den dafür nötigen Grundgesetzänderungen stimmten die Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit zu.

Beschlüsse mit den Stimmen der alten Regierung gefasst

Die Beschlüsse hierzu erfolgten im Bundestag der alten Besetzung: Laut Gesetz ist eine „alte“ Regierung bis zur Bildung der „neuen“ geschäftsführend und somit voll beschlussfähig im Amt. Dies galt am 18. März auch noch für den bisherigen Bundestag mit seinen 733 Abgeordneten. Denn der neue Bundestag war zu diesem Zeitpunkt zwar längst gewählt, aber eben noch nicht konstituiert.

Beschlossen wurde auch ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastrukturausgaben. Darüber hinaus soll die bislang strenge Schuldenregel für die Bundesländer gelockert werden. Für die Änderungen stimmten 512 Abgeordnete, 206 votierten dagegen. Es gab keine Enthaltungen.

Der SoVD begrüßt es, dass das Sondervermögen auch für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, so für Kitas, Schulen und Krankenhäuser, eingesetzt werden soll. Aus Sicht des Verbandes ist es entscheidend, große Investitionen in die entsprechenden Infrastrukturen nicht aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Denn dann stünden sie in direkter „Konkurrenz“ zu Ausgaben für die Rente und für die Pflege.

Er beklagt hingegen, dass mögliche Mehreinnahmen – etwa über eine Reform der Erbschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und höhere Steuern für Superreiche – weder Bestandteil der Sondierungsgespräche noch der Koalitionsverhandlungen waren.

Zur Finanzierung sozialer Investitionen ist aus SoVD-Sicht

eine gerechte Steuerpolitik, die Vermögende und Besserverdienende stärker einbezieht, nicht nur unbedingt notwendig, sondern auch längst überfällig.

SoVD legt „Sozialkompass“ zu Verhandlungsbeginn vor

Um die inhaltliche Berücksichtigung seiner Kernforderungen hatte der SoVD bereits zu Beginn der Sondierungsgespräche geworben. Pünktlich zum Start der Koalitionsverhandlungen legte der Verband dann einen „Sozialkompass“ vor. Dieser enthält vor allem die Mahnung, die drängenden gesellschaftlichen Probleme im Blick zu behalten. „Die soziale Sicherheit der Menschen darf in den Koalitionsverhandlungen nicht untergehen“, fordert die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Wer die soziale Gerechtigkeit stärkt, entzieht auch radikalen Kräften den Nährboden!“ Immerhin sei soziale Sicherheit für viele Bürger*innen eines der zentralen Kriterien für ihre Wahlentscheidung gewesen, betont Engelmeier weiter. Deshalb sollten Themen wie Barrierefreiheit und bezahlbares Wohnen stärker in den Fokus rücken.

Auch die Situation von Menschen mit Behinderungen habe endlich ausreichend Beachtung zu finden. „Eine wirklich inklusive Gesellschaft gelingt nur mit echter Barrierefreiheit. Das Behindertengleichstellungsgesetz muss so reformiert werden, dass auch die Privatwirtschaft ihrer Verantwortung nachkommen muss.“ Engelmeier erneuerte gleichzeitig die SoVD-Forderung, so bald wie möglich einen Sozialgipfel unter Beteiligung der Fachleute aus den Verbänden durchzuführen.

Unter dem Titel „Soziale Sicherheit stärkt die Demokratie“ wandte sich der SoVD in entsprechenden Schreiben überdies schriftlich an die Fachpolitiker*innen der jeweiligen Arbeitsgruppen. Zum Thema Gleichstellung hieß es darin unter anderem: „Nur 203 von 640 Abgeordneten im neu gewählten Bundestag sind Frauen. Politik wird dadurch vorwiegend von Männern gestaltet. Das ist ein Demokratiedefizit. Bitte setzen Sie sich für ein Paritätsgesetz ein (...)!“

Auch künftig gibt es eine Menge an Streitpotenzial

Dass es auch nach Ende der Koalitionsverhandlungen Streitpotenzial geben wird, scheint außer Frage. Denn insbesondere im Sozialen denkt die Union weiterhin ans Streichen. Hier dürften also die Vorstellungen von Union



Foto: Fabrizio Bensch / picture alliance / REUTERS

Der künftige Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) peilt die Regierungsbildung mit den Sozialdemokrat*innen bis spätestens Ostern an.

und SPD wie gehabt auseinanderklaffen; so auch beim Thema Steuern: Während die Union auf eine Senkung der Körperschaftsteuer für Unternehmen pocht, schlägt die SPD einen Einstieg in eine Unternehmenssteuerreform frühestens ab 2029 vor. Nicht entschieden ist darüber hinaus laut Medienberichten die Frage, ob das vom künftigen Kanzler gewünschte Digitalministerium Realität wird. Da die Zahl der Ressorts bei 15 bleiben soll, müsste hierfür ein anderes Ministerium weichen.

Kurz vor knapp gab man letztlich der Gründlichkeit den Vorrang vor der Schnelligkeit. Nun nehmen sich die Parteien Zeit bis

zum 30. März. Die Kanzlerwahl könnte – Stand bei Redaktionsschluss – am 30. April stattfinden.

Das Vertrauen der Menschen wieder stärken

Der SoVD wird den Prozess kritisch begleiten. Zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Bundestages gratulierte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier den neuen und wiedergewählten Abgeordneten der demokratischen Parteien. Sie richtete zugleich einen Appell an das Parlament: „Angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung ist im Sozialen nicht zu sparen!“ Vor dem Hintergrund der politischen

Polarisierung und erstarkender Ränder sei eine Politik gefragt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und allen Menschen Sicherheit gibt.

Diese Haltung müsse sich auch in konkreten Vorhaben niederschlagen. „Dazu gehören die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus, eine effektive Armutsbekämpfung sowie eine zukunftsste und solidarische Gestaltung der Pflege- und Gesundheitsversorgung“, so Engelmeier. „Wir rufen den neuen Bundestag dazu auf, das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates zu stärken!“

Veronica Sina

SoVD-Vorstandsvorsitzende sprach über eine mögliche Erhöhung des Mindestlohns

Michaela Engelmeier bei Stern TV

Die Höhe des Mindestlohnes war ein Wahlkampfthema. Wie sie sich unter der voraussichtlichen Regierung von Union und SPD entwickelt, ist noch nicht ganz klar. In einer Fernsehsendung machte sich Michaela Engelmeier für eine spürbare Erhöhung der Lohnuntergrenze stark.

Bei der RTL-Sendung „Stern TV“ ging es am 19. März um Vor- und Nachteile sowie mögliche Folgen eines deutlich höheren Mindestlohnes. Moderator Steffen Hallischka diskutierte darüber mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier, dem Arbeitsmarktforscher Enzo Weber und Tobias Exner, Inhaber einer Bäckereikette.

In der Talkrunde betonte Engelmeier, dass aus Sicht des SoVD eine schnelle Erhöhung des Mindestlohnes gerechtfertigt sei, weil der aktuelle Wert unterhalb der EU-Richtlinie liegt, die eine Höhe von 60 Prozent des Medianeinkommens vorsieht. Danach müsste der Mindestlohn sogar bei über 15 Euro liegen. Außerdem stellte sie die positiven Folgen des



Michaela Engelmeier vertrat die Positionen des SoVD live bei Stern TV. Die Sendung erreicht regelmäßig ein Millionenpublikum.

Mindestlohnes für die Beschäftigten und den Staatshaushalt heraus (mehr dazu auf Seite 4).

Die Sendung mit Michaela Engelmeier ist auf dem Portal RTL Plus abrufbar. str

Steigende Mieten belasten vor allem Menschen mit geringem Einkommen

Mehr Menschen profitieren von Wohngeld

Zum Januar 2023 trat das Wohngeld-Plus-Gesetz in Kraft. Mit diesem stiegen die gewährten Leistungen, während gleichzeitig mehr Menschen einen Anspruch auf Unterstützung erhielten. Angesichts hoher Mieten begrüßt der SoVD die dringend benötigte Entlastung. Den teilweise deutlich zu langen Bearbeitungszeiten von Anträgen müssten die Behörden jedoch mit ausreichenden Mitteln begegnen.

Wer durch hohe Mietkosten nur noch wenig Geld zum Leben übrig hat, kann möglicherweise Wohngeld in Anspruch nehmen. Die letzte Reform weitete den Kreis der Berechtigten deutlich aus. Zu diesen gehören seither unter anderem auch Menschen, die Mindestlohn verdienen oder eine Rente in vergleichbarer Höhe haben. Voraussetzung ist allerdings, dass sie ihren sonsti-

gen Lebensunterhalt und einen Teil der Miete oder der finanziellen Belastung bei einer selbst bewohnten Immobilie aus eigenem Einkommen bestreiten. Unterstützende Leistungen könnten laut Bundesbauministerium für rund zwei Millionen Haushalte infrage kommen.

Die Wohngeld-Plus-Reform brachte zudem eine Anpassung von Einkommensgrenzen

und Höchstbeträgen sowie die Einführung einer pauschalen Heizkostenkomponente. In der Folge verdoppelte sich die durchschnittliche Höhe des Wohngeldes für bisherige Empfänger*innen von 180 Euro auf 370 Euro pro Monat.

Aus Sicht des SoVD besteht jedoch leider kein Grund zur Entwarnung. Denn einem Bericht der Bundesregierung zu-

folge blieb die Nachfrage nach Wohnraum zuletzt unverändert hoch, während auch die angebotenen Mieten und Nebenkosten weiter stiegen. Darüber hinaus warnte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden davor, dass vor allem ärmere Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen. jos

Was gilt beim Wohngeld?

Das Wichtigste in Kürze

Das Wohngeld bezeichnet einen staatlichen Zuschuss zur Miete für Haushalte mit einem geringen Einkommen oberhalb der Grundsicherung. Eine entsprechende finanzielle Unterstützung bei den Wohnkosten steht unter Umständen auch Menschen im Pflegeheim zu. Besitzer*innen eines Hauses oder einer Eigentumswohnung dagegen können einen Lastenzuschuss beantragen, falls sie ihre Immobilie selbst bewohnen.

Auf den Erhalt von Wohngeld besteht ein klar definierter Rechtsanspruch, sofern man die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Um diese zu prüfen, sollten Betroffene möglichst frühzeitig einen Antrag stellen oder sich zumindest beraten lassen. Zuständig hierfür sind die Wohngeldstellen in den Kommunen. Mit etwaigen Fragen können sich SoVD-Mitglieder auch an die Rechtsberater*innen des Verbandes vor Ort wenden.

Grundsätzlich soll das Wohngeld Menschen mit hohen Mietkosten davor bewahren, noch andere Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Personen, die bereits im Bezug von Bürgergeld oder von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind, erhalten daher kein Wohngeld.

Aussagen darüber, wie viel man verdienen darf oder wie hoch die Miete sein muss, um Wohngeld zu erhalten, lassen sich leider nicht treffen. Denn eine Rolle spielt unter anderem auch das Preisniveau für Wohnraum der jeweiligen Gemeinde. Das ist ein Grund dafür, dass es in teuren Großstädten oft am meisten Wohngeld gibt. Als Faustregel gilt: Wer wenig verdient und viel fürs Wohnen ausgibt, bekommt tendenziell am meisten Unterstützung. jos

SoVD-Sozialberater Wilfried Schadock aus Bremerhaven schildert seine Erfahrungen

Reform führt zu spürbaren Verbesserungen

In die Sozialberatungsstellen des SoVD kommen immer wieder Mitglieder, die Hilfe brauchen. Neben vielen anderen Themen tauchen dabei in den letzten Jahren auch verstärkt Fragen zum Wohngeld auf. Stellvertretend für die vielen Berater*innen unseres Verbandes haben wir mit Wilfried Schadock gesprochen, der im Landesverband Bremen Hilfesuchende unterstützt.

Bremerhaven liegt an der deutschen Nordseeküste und weist eine Besonderheit auf. Denn obwohl die Hafenstadt mitten in niedersächsischem Gebiet liegt, ist sie Teil des Stadtstaates Bremen. Diese Aufteilung der Bundesländer spiegelt sich analog auch in der Organisation des SoVD wider. Dort, wo einst deutsche Familien per Schiff nach Amerika auswanderten, leitet Wilfried Schadock für den Landesverband Bremen die Kreisgeschäftsstelle Bremerhaven. Das tut er mittlerweile seit fast 20 Jahren.

Ursprünglich war Schadock im sozialpädagogischen Bereich beschäftigt. Hilfreich dürften die dabei gesammelten Erfahrungen auch bei seiner Arbeit in der Sozialberatung sein, schließlich stehen in beiden Fällen die Bedürfnisse von Menschen im Mittelpunkt. Wenn der der 69-Jährige nicht gerade mit Mitgliedern spricht und Anträge aufnimmt oder Widersprüche formuliert, dann unterstützt er das Ehrenamt vor Ort und hilft mit bei der Organisation von Versammlungen oder größeren Veranstaltungen.

Er selbst, sagt der von der anderen Seite der Weser stammende Nordenhamer mit einem Grinsen, sei dabei ja eigentlich schon „über dem Verfallsdatum“. Loslassen wolle er deshalb aber nicht. Warum auch? Seine Arbeit liegt Wilfried Schadock am Herzen und er weiß, dass viele Menschen in der Region auf seinen Rat angewiesen sind.

Zu den wiederkehrenden Themen gehöre dabei auch das Wohngeld. SoVD-Mitglieder kä-

men entweder mit allgemeinen Fragen oder mit bereits ausgefüllten Anträgen in die Beratung.

Wilfried Schadock klärt die Wissenslücken dann am liebsten im direkten Gespräch. Er sagt,

man dürfe nicht vergessen, dass Menschen, die Wohngeld beantragen, in der Regel ein geringes Einkommen haben. Nicht selten käme dabei für die Betroffenen auch Bürgergeld in Betracht. Und eben diese Nähe der beiden Leistungen macht die Sache aus Sicht des Sozialberaters kompliziert.

Er schildert einen „klassischen Fall“, bei dem jemand über das Bürgergeld vielleicht 50 Euro mehr zur Verfügung hätte. Stellt die gleiche Person stattdessen aber einen Antrag auf Wohngeld, so Schadock, kämen möglicherweise 200 Euro zusammen. Da sei es für Betroffene nicht leicht, noch den Überblick zu behalten.

Für den SoVD-Berater sind daher gerade die Vorgespräche wichtig. Bei diesen erzähle ihm

das Mitglied erst einmal von den konkreten Lebensumständen und man sondiere ge-

meinsam die Lage. Kommt dabei das Thema Vermögensgrenze zur Sprache, erschrecken viele erst einmal. Wenn Wilfried Schadock dann aber erklärt, dass diese für Alleinstehende bei 60.000 Euro liegt, entspannt sich die Lage schnell wieder. Dass einige dann sogar einen Lachanfall bekommen, überrascht Schadock nicht: „Die meisten Menschen, die zu uns kommen, haben eine solche Summe

noch nie in ihrem Leben besessen. Die sind dann glücklich, dass sie wenigstens die Spargroschen, die sie haben, noch behalten dürfen.“

Immerhin kommen seit der Wohngeldreform die staatli-

Die Menschen vertrauen auf die SoVD-Beratung

Die Mieten steigen schneller als die staatlichen Leistungen



Wilfried Schadock

chen Hilfen tatsächlich mehr Menschen zugute. Das ist natürlich auch aus der Sicht von Wilfried Schadock eine positive Entwicklung. Allerdings ärgert es ihn noch immer, dass bis dahin jahrelang nichts passierte. „Die Städte“, sagt der Berater, „haben knallhart ihren Mietspiegel veröffentlicht. Und wer sich das nicht leisten konnte, der war quasi selber schuld.“ Abschließend gelöst, so der 69-Jährige, sei das Problem aber auch heute nicht: „Die Mieten steigen eben doch schneller als die Leistungen, die das wiederum auffangen sollen.“

Wilfried Schadock begrüßt daher die Forderung des SoVD, die Zahlbeträge nicht nur alle zwei Jahre, sondern jährlich an die Entwicklung der Wohnkosten anzupassen. Für ihn ist das auch eine Frage der Gerechtigkeit. Er sagt: „Wenn die Preise steigen, dann müssen Löhne und Gehälter steigen, aber eben auch Leistungen wie Wohn- oder Bürgergeld. Wir dürfen die Leute, die am unteren Ende sitzen, schließlich nicht einfach im Stich lassen!“

Joachim Schöne



Foto: Anke Thomass / Adobe Stock

Die Höhe des Wohngeldes orientiert sich nicht nur am Verdienst, sondern auch am Niveau der vor Ort üblichen Mieten.



Weitere Informationen sowie eine individuelle Beratung erhalten Mitglieder bei der zuständigen Geschäftsstelle des SoVD vor Ort.

Zudem hat die Redaktion alle wichtige Fakten und Fragen zum Wohngeld zusammengetragen. Gehen Sie hierfür einfach im Internet auf die Seite: www.sovd.de/sozialberatung/wohngeld. Unter dem Punkt „Wie hoch kann das Wohngeld sein?“ finden Sie einen Link zu dem Wohngeldrechner des Bundesbauministeriums.

SoVD plädiert in Stellungnahme für schnelle Anhebung der Lohnuntergrenze

Steigt der Mindestlohn auf 15 Euro?

Menschen mit geringen Einkommen sind von der Inflation besonders betroffen. Von einem höheren Mindestlohn würden sie besonders profitieren. Das Sondierungspapier von Union und SPD stellt eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 Euro in Aussicht, ohne sie konkret zu versprechen. Der SoVD fordert, die Lohnuntergrenze schnell und spürbar zu erhöhen.

Seit über zehn Jahren gibt es in Deutschland einen Mindestlohn. Seine Einführung 2015 erfolgte gegen große Widerstände und war von vielen Diskussionen begleitet. Die Höhe der Lohnuntergrenze und deren Bestimmung war seitdem immer wieder Gegenstand von Debatten.

Der nächste Streit darüber zeichnet sich bereits ab. Die SPD warb im Bundestagswahlkampf für Olaf Scholz mit dem Slogan „Kanzler für 15 Euro Mindestlohn“. Und auch wenn Olaf Scholz absehbar nicht Kanzler wird, hat es die Forderung der SPD zumindest in das Sondierungspapier von Union und SPD für die Bildung einer Regierungskoalition geschafft.

Etwas schwammig heißt es darin: „Für die weitere Entwicklung des Mindestlohns wird sich die Mindestlohnkommission im Rahmen einer Gesamtabwägung sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren. Auf diesem Weg ist ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar.“ Ein konkretes Versprechen ist das nicht, wohl aber eine Anregung für die Mindestlohnkommission, die bis zum 30. Juni über die Höhe der Lohnuntergrenze ab 2026 beraten und eine Anpassung vorschlagen wird.

Nach Einschätzung des SoVD ist eine rasche Anhebung des Mindestlohnes auf mindestens

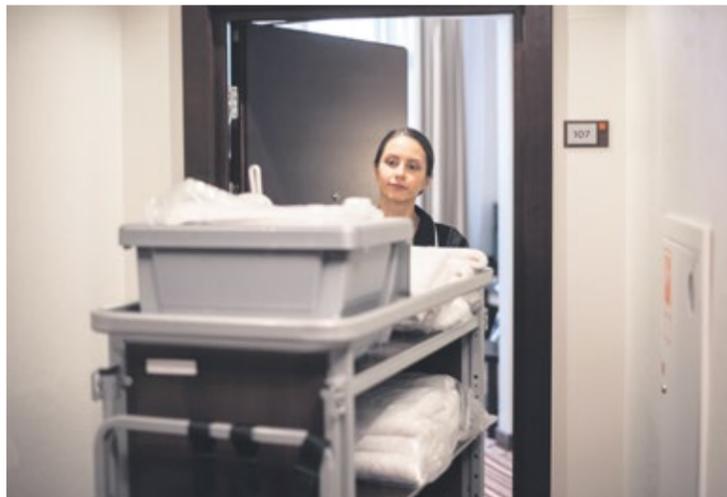


Foto: Anna Kosolapova / Adobe Stock

Für viele Beschäftigte, unter anderem im Gastgewerbe, würde ein höherer Mindestlohn mehr Einkommen bedeuten.

15 Euro pro Stunde nötig und gerechtfertigt. In einer Stellungnahme im Rahmen der schriftlichen Anhörung der Mindestlohnkommission hat der SoVD seine Position zum Mindestlohn dargelegt.

SoVD-Stellungnahme für die Mindestlohnkommission

Darin begrüßt der Verband die Existenz des Mindestlohnes und auch die außerplanmäßige Erhöhung auf 12 Euro im Oktober 2022. Zugleich weist der SoVD darauf hin, dass die aktuelle Höhe von 12,82 Euro pro Stunde weit entfernt ist vom international anerkannten und in der EU-Mindestlohnrichtlinie festgeschriebenen Referenzwert von 60 Prozent des Bruttomedianeinkommens. Legt man diesen Wert zugrunde,

müsste die Höhe bereits in diesem Jahr 15,12 Euro betragen. Eine schnelle Anhebung des Mindestlohnes auf mindestens 15 Euro ist deshalb auch eine der Forderungen im SoVD-Sozialkompass für die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD.

Der SoVD hebt in seiner Stellungnahme, die auf www.sovd.de abrufbar ist, die positiven Auswirkungen des Mindestlohnes hervor: Die Beschäftigten erhalten einen höheren Lohn, die Unternehmen haben zufriedener Beschäftigte und der Sozialstaat profitiert, indem er durch höhere Löhne bei den Sozialleistungen spart. Gleichzeitig fließt mehr Geld in die Sozialversicherungen. Zudem sorgte Mindestlohn dafür, dass sich der Lohnabstand zwischen

Gering- und Besserverdienenden verringerte und der Niedriglohntsektor schrumpfte.

Fast zehn Millionen würden von Anhebung profitieren

Von einer deutlichen Anhebung auf 15 Euro würden viele Menschen in Deutschland profitieren. In rund 9,5 Millionen Jobs lag der Stundenlohn laut Statistischem Bundesamt im April 2024 unter 15 Euro. Das ist bundesweit etwa jede vierte Arbeitsstelle. Angesichts der hohen Inflation in den vergangenen Jahren, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen traf, wäre eine Lohnerhöhung für sie eine spürbare Verbesserung.

Nicht zuletzt sorgen steigende Arbeitseinkommen auch für höhere Rentenansprüche. Derzeit ergibt sich aus 45 Jahren Arbeit zum Mindestlohn eine Rente unterhalb der Grundsicherung

Kritiker eines hohen Mindestlohnes warnen davor, dass dieser einerseits Arbeitsplätze gefährde, weil manche Tätigkeiten nicht mehr profitabel seien, und andererseits die Preise für Verbraucher*innen aufgrund höherer Lohnkosten, etwa in der Gastronomie oder im Friseurhandwerk, weiter stiegen. Diese Szenarien begleiten den Mindestlohn jedoch schon seit seiner Einführung, ohne dass sie eingetreten sind. Der SoVD setzt sich für eine schnelle Erhöhung ein. *Sebastian Triesch*

Kommission legt Wert fest

Wer über den Mindestlohn bestimmt

Im europäischen Vergleich war Deutschland ein Nachzügler, als die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zum 1. Januar 2015 einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einführte. Viele andere Länder hatten schon in den 1960er- und 70er-Jahren Lohnuntergrenzen beschlossen.

Mit der Einführung wurde festgelegt, dass künftig eine Kommission alle zwei Jahre über die Entwicklung des Mindestlohnes befinden sollte. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und aus der Wissenschaft. Bis zur Anpassung für die Jahre 2024 und 2025 fand die Kommission immer ein einstimmiges Ergebnis. Dann jedoch überstimmten die Vertreter*innen der Arbeitgeber und aus der Wissenschaft die Gewerkschaftsseite.

Im Januar 2025 hat sich die Kommission eine neue Geschäftsordnung gegeben. Danach sollen Entscheidungen über den Mindestlohn künftig einstimmig getroffen werden. Ob die Kommission tatsächlich einstimmig entscheidet oder die Politik eingreift und die neue Höhe bestimmt, bleibt abzuwarten. Im Oktober 2022 gab es eine politische Festlegung des Mindestlohnes durch ein Gesetz der Ampelregierung. Dadurch erhöhte sich der Mindestlohn außerhalb des Zwei-Jahres-Rhythmus von 10,45 auf 12 Euro pro Stunde. *str*

Nachruf

Wir trauern um unser Mitglied der Bundeskonferenz

Reiner Knoll.

Er verstarb unerwartet am 17. März mit nur 69 Jahren.

Im SoVD war Reiner Knoll schon seit 2000. Mitglied der Bundeskonferenz war er seit 2024. In Niedersachsen gehörte er ab 2023 erst dem Landesvorstand, dann Landesverbandsrat und -konferenz an. Als Co-Vorsitzender der Ausschüsse für Verbandsstrategien und Ehrenamt prägte er dort maßgeblich den Wandel mit. Den Kreisverband Braunschweig leitete er ab 2017 als 1. Vorsitzender. Im Ortsvorstand Braunschweig-Mitte hatte er von 2010 bis 2024 mehrere Ämter inne.

Wir behalten Reiner Knoll in wertschätzender und dankbarer Erinnerung. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

*Die Vorständinnen des SoVD-Bundesverbandes
Die Mitglieder von Verbandsrat und Bundeskonferenz*



SoVD im Gespräch

Gemeinsame Wege mit der AWO fortsetzen

Der Austausch des SoVD mit zentralen Akteur*innen der Sozialpolitik geht weiter. So traf Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier Mitte März Dr. Marvin Deversi, seit November 2024 neuer zweiter Vorstand der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Der SoVD ist korporatives Mitglied der AWO. Das Treffen diente dem Kennenlernen und einer ersten Abstimmung, wie SoVD und AWO ihre Zusammenarbeit vertiefen können. Diese gab es auch schon etwa bei Themen wie „europäische Sozialpolitik“.



Foto: SoVD

Mit AWO-Vorstand Dr. Marvin Deversi (li.) sprachen die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und der Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD, Fabian Müller-Zetzsche, über die Zusammenarbeit in der Vergangenheit und Zukunft. Außerdem ging es um aktuelle Sozialpolitik und um Themen und Erfahrungen aus den Sozialrechtsberatungen, die beide Verbände anbieten.

Trotz höherer Beiträge reicht das Geld nicht bei Kranken- und Pflegeversicherung

SoVD bemängelt Rückgriff auf Beitragsgelder

Gesetzliche Kassen unter Druck

Die erste Pflegekasse musste bereits mit Geld aus einem Ausgleichsfonds gerettet werden, und bei den gesetzlichen Krankenversicherungen stehen unterjährige Beitragserhöhungen im Raum. Die Sozialversicherungssysteme haben aktuell große Finanzsorgen.

Zum Jahresbeginn stiegen die Beitragssätze für die Versicherten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Nachhaltige Entlastung der Kassenfinanzen brachte das allerdings nicht. Die Landwirtschaftliche Krankenkasse musste im März als erste Pflegekasse Finanzhilfen erhalten, um eine Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Das Geld kommt aus dem Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung, über den das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) verfügt.

Anne-Kathrin Klemm, Vorsitzende des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen, warnte davor, dass diese Gefahr vielen weiteren Kassen drohe. Neuerliche Beitragserhöhungen – auch schon in diesem Jahr – seien „unausweichlich, wenn die neue Bundesregierung nicht mit Sofortmaßnahmen die Pflegeversicherung stützt“, sagte sie gegenüber dem Portal Politico.

Der SoVD betrachtet die finanziellen Probleme der Pflegeversicherung mit Sorge. In der Diskussion um steigende Sozialversicherungsbeiträge mahnt der SoVD eindringlich, die Versicherten nicht einseitig zu belasten, sondern die Defizite durch Rückzahlungen aus dem Steuerhaushalt auszugleichen. So hatte es die Ampelregierung auch in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, das Vorhaben aber nie umgesetzt.

Schon bei der Bekanntgabe der höheren Beiträge für die Pflegeversicherung kritisierte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier: „Anstatt die Beiträge für die Pflegeversicherung zu erhöhen, müssen zweckentfremdete Beitragsmittel an die Pflegekassen zurückgezahlt werden. Denn der Ausgleichsfonds der Pflegekassen



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Eine alternde Bevölkerung sorgt für steigende Kosten im Gesundheitssystem.

ist keine Selbstbedienungskasse des Bundes. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Pandemiebewältigung müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Sozialversicherungsbeiträge sind dafür nicht vorgesehen.“

Eine solche Rückzahlung hatte die Ampelregierung auch in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, das Vorhaben aber nie umgesetzt.

Hohe Kosten für gesetzliche Krankenkassen

Ähnlich sieht die Finanzlage bei den Krankenkassen aus. Obwohl die Zusatzbeiträge teils deutlich gestiegen sind, ist es keineswegs sicher, dass alle Kassen ihre Kosten decken können. Wie der Mediendienst Tagesspiegel Background berichtet, könnte es bereits im Frühjahr zu erneuten Beitragserhöhungen bei einigen gesetzlichen Krankenversicherungen kommen.

Kostentreiber für die Krankenversicherungsbeiträge sind die steigenden Kosten aufgrund des demografischen Wandels

und neue, oft teurere Behandlungsmethoden. Wie auch die Pflegekassen, sehen sich die Krankenkassen mit der Kostenübernahme versicherungsfremder Leistungen konfrontiert.

Der SoVD kritisierte diesen Umstand, als die Anhebung des Zusatzbeitrages für das Jahr 2025 angekündigt wurde. Michaela Engelmeier stellte dazu fest: „Statt Beitragsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung zur Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen und der Krankenhausreform zu zweckentfremden, muss auf Steuermittel zurückgegriffen werden, da dies eine gerechte Lastenverteilung aller darstellt.“

Ab 2026 drohen durch die Krankenhausreform weitere Kosten auf die gesetzliche Krankenversicherung zuzukommen. Sollte es bei der derzeit geplanten Aufteilung bleiben, müssten die Krankenkassen über die Laufzeit von zehn Jahren bis zu 25 Milliarden Euro beisteuern. Ebenso viel sollen die Bundesländer aufbringen.

SoVD: Bürgerversicherung im Gesundheitswesen

Perspektivisch fordert der SoVD, das Krankenversicherungssystem zu einer Bürgerversicherung umzubauen. Um eine bedarfsgerechte Versorgung für alle sicherzustellen, muss ein einheitliches Versicherungssystem auf Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden, das alle gerecht in die Finanzierung einbezieht. Eine Bürgerversicherung stärkt die Finanzierungsbasis, die verbessert die Leistungsfähigkeit und die Krankenversicherung insgesamt zukunftsfest.

Sebastian Triesch

Bundesrat beschließt Transformationsfonds

Der Bundesrat hat im März der Transformationsfonds-Verordnung zugestimmt und damit die Finanzierung der Krankenhausreform auf den Weg gebracht. Der SoVD kritisiert die Zweckentfremdung von Beitragsmitteln der gesetzlich Versicherten.

Die noch von der Ampelregierung beschlossene Krankenhausreform hat eine weitere Hürde genommen. Mit der Zustimmung der Bundesländer zur Transformationsfonds-Verordnung ist die Finanzierung geregelt. 50 Milliarden Euro werden für den Umbau der Krankenhauslandschaft bis 2035 bereitgestellt. Bund und Länder sollen jeweils die Hälfte der Kosten tragen. Der Bund plant allerdings, für seinen Anteil auf die Beitragsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzugreifen.

Der SoVD hat diesen Plan mehrfach kritisiert und bezog unmittelbar nach der Abstimmung im Bundesrat klar Stellung. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier betonte: „Die geplante Finanzierung des Fonds bleibt eine inakzeptable Zweckentfremdung von Beitragsgeldern. Damit sind weitere Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung wahrscheinlich.“ Da es sich bei der Krankenhausreform um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, müssten die Kosten nach Einschätzung des SoVD durch Steuermittel finanziert werden.

Bei der Abstimmung formulierte der Bundesrat zugleich einen rechtlich nicht bindenden Entschließungsantrag, in dem er den Bund auffordert, selbst einen Teil der Kosten zu übernehmen. Demnach sollte der Bund 40 Prozent und sollten Länder und Krankenkassen jeweils 30 Prozent der Summe aufbringen. Doch auch dann würden immer noch bis zu 15 Milliarden Euro aus GKV-Beitragsmitteln finanziert werden. „Es ist nicht Aufgabe der Beitragszahlenden der gesetzlichen Krankenversicherung, den Investitionsbedarf von Bund und Ländern im Gesundheitswesen auszugleichen“, stellte Michaela Engelmeier klar.

str

Fast drei Viertel der Auszubildenden sind Frauen

Mehr Azubis in der Pflege

Im vergangenen Jahr wurden fast 60.000 neue Ausbildungsverträge für Pflegefachkräfte abgeschlossen. Etwa 1.200 Studierende sind außerdem im Bachelor-Studiengang Pflege an einer Hochschule eingeschrieben.

Zum Jahresende 2024 befanden sich laut Statistischem Bundesamt rund 147.100 Personen in einer Ausbildung zur Pflegefachkraft. Damit hat sich die Zahl der Auszubildenden im Vergleich zu 2023 (146.900) kaum verändert. Allerdings wurden 2024 rund 59.500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, was einem Anstieg von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Nach wie vor sind Frauen in der Pflegeausbildung in der Mehrheit: Fast drei Viertel der Auszubildenden sind weiblich. Allerdings ging ihre Zahl 2024 leicht um ein Prozent (1.200 Personen) auf 108.700 zurück. Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der männlichen Auszubildenden um vier Prozent auf 38.400.

Die Ausbildung zur Pflegefachperson wird seit 2020 angeboten und dauert in Vollzeit drei Jahre. Die Ausbildung findet an Pflegeschulen und in Krankenhäusern, stationären oder ambulanten Pflegeeinrichtungen statt. Seit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung ist das Geschlechterverhältnis weitgehend stabil geblieben – damals lag der Frauenanteil bei 76 Prozent.

Erstmals wurden für 2024 auch Zahlen zu Pflegestudierenden an Hochschulen erfasst. Demnach waren rund 1.200 Studierende im Bachelor-Studiengang Pflege eingeschrieben, darunter etwa 700 Erstsemester.

str



Foto: Alexander Rath / Adobe Stock

Die Pflege braucht Nachwuchs.



Foto: Rido / Adobe Stock

Obwohl Versicherte immer mehr Eigenanteile tragen, steigen die Ausgaben der Pflegeversicherung stark an.

Männer und Frauen sehen andere Gründe für Lohnlücke

Faktor „Frauenberufe“

Es gibt etliche Gründe, warum Frauen weniger Geld verdienen als Männer (Gender Pay Gap, siehe Artikel rechts). In einer YouGov-Umfrage machten viele die unterschiedliche Berufswahl verantwortlich.

Diesen Hauptgrund sahen vor allem Männer. Frauen nannten öfter Geschlechterstereotype und gesellschaftliche Erwartungen. Zudem gaben mehr von ihnen an, dass die heimische Sorgearbeit Job und Arbeitsumfang beeinflusse. Gefragt wurde nicht, warum Frauen oft bestimmte Berufe wählen und dort niedrige Löhne üblich sind. *ele*



Foto: SoVD

SoVD-Talkrunde über die Lohnlücke, v. li.: SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, Weltfußballerin Almuth Schult, SoVD-Bundespressesprecher Peter-M. Zernechel, Anja Weusthoff vom DGB, Dag Schölper vom Bundesforum Männer und die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl.

SoVD kritisiert Schieflage zwischen den Geschlechtern: Lohnlücke endlich schließen

Schluss mit der Ungerechtigkeit!

Die Gleichstellung der Geschlechter ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht! In der Realität ist sie aber längst nicht erreicht. Zum Beispiel verdienen Frauen immer noch weniger als Männer: im Durchschnitt 16 Prozent. Nach Jahren bei 18 Prozent schrumpfte die Lücke 2024. Dass das nur ein kleiner Fortschritt und jeder Unterschied ein Skandal ist, stellte der SoVD im Gleichstellungsmonat März klar.

Zum Equal Care Day (Tag der gleichen Sorgearbeit) am 1. März, Equal Pay Day (Tag der Entgeltgleichheit) am 7. März und Weltfrauentag am 8. März zeigte der SoVD Missstände auf. Die Liste ist lang – ob Gewalt gegen Frauen, ungleiche Karrierechancen oder unbezahlte Hausarbeit. Der Verband meint: Die Ungerechtigkeit muss enden! Er fordert Schutz und effektive Gleichstellung in allen Lebensbereichen.

Darum lud der SoVD zu einem Talk ein und war Gast bei einer Fotoaktion des DGB am Brandenburger Tor. Solche Aufklärung bleibt nötig. In einer Umfrage vom Marktforschungsinstitut Bilibendi hatten 59 Prozent nie vom „Gender Pay Gap“ gehört, von der Lücke zwischen den Geschlechtern bei der Bezahlung.

„16 Prozent weniger Lohn sind 16 Prozent zu viel! Wir haben Fortschritte erzielt, aber das reicht nicht“, so Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

„Frauen verdienen endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.“ Und Jutta König, Bundesfrauensprecherin, betont: „Wir brauchen gleiche Löhne, bessere Renten und eine faire Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Die Politik muss endlich aktiv werden, Lippenbekenntnisse reichen nicht mehr!“

SoVD-Talk über Missstände: effektive Maßnahmen nötig

„Wann schließen wir endlich die Lohnlücke?“, fragte darum die SoVD-TV-Sonderausgabe, die man noch auf Youtube verfolgen kann. Michaela Engelmeier diskutierte mit Anja Weusthoff, Leiterin der Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB, Maria Noichl, Europaabgeordnete der SPD, Dag Schölper, Geschäftsführer des Bundesforums Männer, und Almuth Schult, Weltfußballerin, Nationaltorhüterin, Olympiasiegerin und Europameisterin.

SoVD-Bundespressesprecher Peter-M. Zernechel moderierte.

Engelmeier kritisierte die Regelungen zur Gehaltstransparenz und Ahndung von Verstößen: „Ich fordere eine Weiterentwicklung zu einem wirkungsvollen Lohn-gerechtigkeitsgesetz.“ Weusthoff betonte die Bedeutung von Tarifverträgen. Noichl nannte Minijobs, Ehegattensplitting und Mitversicherung „das Bermuda-Dreieck, wo die Frauen verschwinden“. Schölper wünschte sich neue Rollenbilder. Schult erzählte von Ungleichheit im Sport. – Das Fazit der Runde: „Es reicht!“ Die Politik müsse handeln, mit effektiven Maßnahmen.

Ungleich verteilte Lasten, alte Rollen und Fehlanreize

Viel zu tun hat die Lohnlücke mit der unbezahlten Sorgearbeit, dem „Gender Care Gap“. Gut 44 Prozent mehr als Männer (eine Stunde und 19 Minuten am Tag) kümmern sich Frauen um Kinder, Haushalt, Angehörige – mit Folgen für Karriere, Finanzen und Rente. Das treibe Frauen in Abhängigkeit und Altersarmut, so Jutta König: „Genug der ungerechten Lastenverteilung!“ Der SoVD fordert Entgeltersatz für pflegende Angehörige, staatliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen und zwei Wochen bezahlte Väterfreistellung bei Geburten.

Alte Rollen und Fehlanreize wie das Ehegattensplitting dagegen tragen zur Schieflage bei. Laut Bundesamt für Statistik sind Frauen bei Paaren selten die Hauptverdienenden, arbeiten öfter in Teilzeit. Und eine Ehe vergrößert laut ifo-Institut Unterschiede: Frauen mindern ihre Einkommen im Schnitt um 20 Prozent – Männer nicht. *ele*



Foto: Wolfgang Borrs

Der Frauenpolitische Ausschuss fordert wirksame Maßnahmen.

Für echte Gleichstellung

Der Frauenpolitische Ausschuss (FPA) des SoVD befasste sich in seiner Sitzung im März mit Wegen zur Gleichstellung in Beruf, Familie und Gesellschaft. Nötig sei etwa Parität in Parlamenten. Im neuen Bundestag sinkt der Frauenanteil auf 32,4 Prozent.

Besonders im Blick stand das Thema Arbeit. Der SoVD fordert einen höheren gesetzlichen Mindestlohn von 15,12 Euro pro Stunde, was auch die Geschlechtergerechtigkeit voranbrächte. Denn gerade Frauen arbeiten oft in schlecht bezahlten Berufen. Zentrale Forderung bleibt: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Das würde zudem Altersarmut bekämpfen, die Frauen deutlich häufiger droht als Männern. *ele*

Oxfam-Verteilungsstudien stützen SoVD-Positionen

Superreiche fair besteuern

Für soziale Gerechtigkeit fordert der SoVD, hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften mehr zu belasten, etwa die Vermögensteuer wieder einzuführen. Zum gleichen Schluss kommt die Entwicklungsorganisation Oxfam in Studien zu Armut und Reichtum. Das hat auch einen Gleichstellungsaspekt: Gerade Superreiche sind meist Männer.

Deutschland hat laut Oxfam viel Armut für ein reiches Land, aber auch die viertmeisten Milliardär*innen der Welt. Besitz sei unfair in der Bevölkerung verteilt – und zwischen den Geschlechtern, ergab eine Studie mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit, die an 2024er-Zahlen erstmals die geschlechtsspezifische Reichtumsverteilung untersuchte. So besäßen Frauen rund 43 Prozent des Nettovermögens, hätten also insgesamt Nachteile beim Wohlstand. Mehr noch gelte das beim Superreichtum: Über zwei Drittel der Milliardenvermögen gehörten Männern. Der Unterschied nehme nach oben zu.

Gezeigt habe sich auch, dass die fehlende Besteuerung sehr hoher Vermögen Frauen benachteilige. Sie hätten kleinere Einkommen und Vermögen als Männer und erhielten seltener große Erbschaften und Schenkungen. Dabei ist Erben der häufigste Weg, reich zu werden: Nach einer weiteren Studie stammen hohe Vermögen in Deutschland mit 71 Prozent überdurchschnittlich aus Erbschaften (weltweit 36 Prozent). Wie der SoVD rät Oxfam zur Vermögensteuer sowie dazu, bei der Erbschaftsteuer die Ausnahmen für hohe Vermögen abzuschaffen. Das Geld könne in Soziales fließen. *ele*



Foto: Wolfgang Borrs

Equal Pay Day in Berlin, v. li.: Maike Finnern (GEW-Vorsitzende), Elke Hannack (stellv. DGB-Vorsitzende), Jutta König (SoVD-Bundesfrauensprecherin), Anja Piel (DGB-Vorstandsmitglied), Michael Vassiliadis (Vorsitzender IG BCE), Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär, BMAS) und Ferda Ataman (Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung).

Benachteiligungen sind in einigen Bereichen gesetzlich verboten, geschehen aber teilweise im Verborgenen

Hohe Dunkelziffer bei Altersdiskriminierung

Noch zu jung oder schon zu alt? Benachteiligungen aufgrund des Lebensalters ereignen sich häufig im Beruf. Zu spüren bekommen das laut Antidiskriminierungsstelle des Bundes neben Älteren vor allem Frauen sowie Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten. Dabei verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierungen im Arbeitsleben grundsätzlich.

Das AGG schützt vor Benachteiligungen aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Allerdings gilt das allein im Beruf und bei Alltagsgeschäften.

Warum das wichtig ist, zeigt sich am Beispiel junger Frauen. Sie erleben häufig Nachteile bei der Jobsuche und im Berufsalltag, weil Arbeitgeber*innen Ausfälle wegen Schwangerschaft und Mutterschaft befürchten. Ältere Menschen wiederum stehen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung oftmals vor praktischen Barrieren, die ihnen die

Teilhabe erschweren. Auch hier kann Altersdiskriminierung vorliegen.

Eine Befragung im Auftrag des Deutschen Zentrums für Alltagsfragen ergab kürzlich, dass sich jede dreizehnte Per-

son in der zweiten Lebenshälfte aufgrund des Alters diskriminiert fühlt. Svenja Spuling, eine Autorin der Studie, wies darauf hin, dass die Aufmerksamkeit für negative Altersbilder und altersdiskriminierendes Verhalten gesamtgesellschaftlich vergleichsweise gering ausgeprägt sei. Die Studie könne dementsprechend nur die tatsächlich empfundenen Benachteiligungen erfassen. Dabei, so Spuling, nähmen auch die Betroffenen selbst eine ungerechtfertigte Benachteiligung aufgrund ihres Lebensalters nicht unbedingt als Diskriminierung wahr. Eine hohe Dunkelziffer sei somit nicht auszuschließen.



Sie haben bereits selbst Diskriminierung erlebt oder wollen sich beraten lassen? Dann informieren Sie sich online unter: www.antidiskriminierungsstelle.de oder schreiben Sie eine E-Mail an: beratung@ads.bund.de.



Foto: Antonio / Adobe Stock

Wird im Alltag zunehmend ein Smartphone vorausgesetzt, bedeutet das für viele ältere Menschen effektiv einen Ausschluss.

Handlungsbedarf besteht aus Sicht des SoVD in jedem Fall. Denn das Erleben von Altersdiskriminierung hat weitreichende Konsequenzen für das Wohlbe-

finden und die Gesundheit der Betroffenen. Strukturelle Benachteiligungen und Altersstereotype müssten daher konsequent abgebaut werden. jos

Soziologe Reimer Gronemeyer untersucht, wie sich Benachteiligungen auf die Gesellschaft auswirken

Teilhabe darf nicht vom Lebensalter abhängen

Reimer Gronemeyer ist Professor für Soziologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Seit Langem schon beschäftigt er sich mit den Fragen des Alterns in der Gesellschaft. In seinem kürzlich erschienenen Buch „Die Abgelehnten“ setzt sich Gronemeyer intensiv mit dem Thema Altersdiskriminierung auseinander. Im Interview mit der SoVD-Zeitung zeigt sich der Wissenschaftler überzeugt, dass wir die aktuellen Herausforderungen nur meistern werden, wenn Menschen jeden Alters an der Gesellschaft teilhaben können.

Wann gilt man in Deutschland als alt?

„Man ist so alt, wie man sich fühlt“: Nein, das ist natürlich Quatsch. Mit 65 geht es ohne Wenn und Aber für die meisten ab in den Ruhestand. Manche freuen sich, manche fühlen sich abgeschoben. Mit achtzig gehört man zum alten Eisen und hört allenfalls den Satz: „Der ist aber noch ganz fit.“ Eigentlich eine freundliche Frechheit. Das heißt ja: Der Maßstab für alles ist die Jugend.

Deutschland hat eine der ältesten Gesellschaften der Welt. Der demografische Wandel bewirkt, dass ältere Menschen überproportionalen politischen Einfluss haben. Warum nennen Sie Ihr Buch „Die Abgelehnten“?

Ja, die Alten haben das Geld und die Macht. Sie entscheiden Wahlen und sitzen in abbezahlten Eigenheimen, sie reisen wie die Weltmeister und tragen mächtig zur Klimakrise bei. Dieser vergnügte Alterstanz spielt sich indessen über Abgründen ab. Wer da auf der „Aida“ vor den überquellenden Buffets steht, kann sich ja nicht darüber täuschen, dass die Alten etwas vergessen sollen: Dass sie zu nichts mehr zu gebrauchen sind. Jedenfalls, wenn es nach den Jungen und den Machern geht. Noch nie waren Alte so gut versorgt und

zugleich so radikal vom Leben ausgeschlossen.

Wie begegnen Sie dem Vorwurf, dass ältere Generationen unverhältnismäßig von den sozialen und wirtschaftlichen Systemen profitieren, möglicherweise zum Nachteil der jüngeren Generationen?

Das stimmt einfach. Aber da kommen wir nicht raus, indem wir uns gegenseitig beschimpfen: „Ihr Parasiten!“, tönen die Jungen. „Ihr Nichtstuer!“, giften die Alten. Die gemeinsame Krise eröffnet die Chance auf einen gemeinsamen, generationenübergreifenden Neuanfang.



Reimer Gronemeyers Buch „Die Abgelehnten“ ist erschienen bei Droemer, ISBN: 978-3-426-65988-5, und kostet 22 Euro.

Wie könnten wir sicherstellen, dass politische Entscheidungen die Bedürfnisse aller Generationen gleichermaßen berücksichtigen? Welche Mechanismen oder Änderungen schlagen Sie vor, um diesen Einfluss gerechter zu gestalten?

Jedenfalls nicht durch Kommissionen, Kabinette, Konferenzen oder Koalitionen. Die Alten und die Jungen sollten vielleicht auch nicht „gleichermaßen“ berücksichtigt werden. Sie sind unterschiedlich, sie haben unterschiedliche Wünsche, sie leben in unterschiedlichen Lebensphasen. Die politische Kunst und die öffentliche Kultur bestünden darin, die Unterschiede blühen zu lassen und das Lebensglück der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Gier.

Haben Sie angesichts der politischen Verwerfungen und wirtschaftlichen und ökologischen Krisen Verständnis für die Kritik der jüngeren an der älteren Generation?

Unbedingt, ja.

Wie ließe sich der Dialog unterschiedlicher Generationen fördern und das Verständnis zwischen jüngeren und älteren Menschen stärken?

Es gab früher viele Orte der Begegnung: Kirchen, Vereine, Familien- und Nachbarschaftsfeste.

Diese Orte der Begegnung sind weitgehend verschwunden. Ich war einmal in Malawi. Dort gab es eine wunderbare Gewohnheit: Mittags trafen sich alle Dorfbewohner und jeder brachte zum Essen mit, was er mitbringen konnte: Alte und Junge, Männer und Frauen, Reichere und Ärmere. Ich glaube nicht, dass organisierte Begegnungen zwischen den Generationen viel bringen würden. Wir müssen das, was früher selbstverständlich war, neu gründen: Orte der Begegnung, vielleicht zusammen reden, zusammen essen, zusammen Musik machen, zusammen lernen, zusammen gärtnern.

Welche gesellschaftlichen Veränderungen wünschen Sie sich, um die Lücke zwischen den Generationen zu schließen?

Mut zum Probieren! Phantasie für neue Räume!

Sie sagen, die Digitalisierung könne Altersdiskriminierung verstärken. Lassen sich digitale Technologien so anpassen, dass sie echte Vorteile für die ältere Bevölkerung bieten?

Erst mal: Das nicht einfach schlucken, dass Bankfilialen geschlossen werden, dass man am Telefon nur auf einen Automaten stößt, dass es keine Kasse mehr im Supermarkt gibt, sondern nur noch Scanner. Aussprechen: „Wir



Reimer Gronemeyer

sind damit nicht einverstanden!“ Die Digitalisierung wird voranschreiten, die Digitalisierung wird so elegant werden, dass Alte das auch hinkriegen. Aber den zähen Widerstand dagegen nicht aufgeben: Dass wir uns mit Apparaten abfinden sollen, statt Menschen zu begegnen. Ob in der Pflege oder im Supermarkt. Es geht um Widerspruch. Nicht alles gefallen lassen – das muss die Devise der Alten werden, die auch den Jungen nützlich ist.

Haben Sie Altersdiskriminierung schon am eigenen Leib erfahren?

Ich bin alt und fahre mit dem Auto vorsichtiger als früher. Ich weiß, dass ich nicht mehr so schnell reagiere wie früher. Das ist offenbar besonders für Jüngere eine Provokation. Ich werde angehupt, angeblendet und mit aggressivem Tempo überholt. Dann denke ich: Habe ich das früher auch gemacht? Und manchmal denke ich auch: Wart's ab, eines Tages wird es dir auch so gehen.

Interview: Droemer/jos



Personalien

Gudrun Karp, Mitglied der Bundeskonferenz und des Frauenpolitischen Ausschusses sowie seit 2017 Schleswig-Holsteins Landesfrauensprecherin, wird am 20. April 75 Jahre alt.

2003 eingetreten, engagiert sich Karp langjährig auf allen SoVD-Ebenen. Sie ist Vorsitzende im Kreis Plön und in den Ortsverbänden Ascheberg und Raisdorf.



Nordrhein-Westfalen

Rekord: 13 Millionen erstritten

Der SoVD macht sich für seine Mitglieder stark! Dass die Mitgliedschaft sich lohnt, zeigt sich nicht zuletzt auch anhand der erfolgreichen Sozialrechtsberatungen. In Nordrhein-Westfalen erkämpfte der Landesverband im Streit mit Kostenträgern allein im zurückliegenden Jahr knapp 13 Millionen Euro.

Tausende Verfahren bearbeitete der SoVD NRW 2024 im Namen seiner Mitglieder – und erstritt dabei die neue Rekordsumme. Landesgeschäftsführer Jens Eschmann ist stolz auf die Arbeit der Jurist*innen des Landesverbandes. Besonders freut ihn die hohe Zahl gewonnener Widerspruchsverfahren: „Wir konnten also in vielen Fällen in recht kurzer Zeit helfen – ohne Verfahren vor den Sozialgerichten“. Rund sieben Millionen Euro seien so an Mitglieder geflossen.

10.045 Vorgänge wurden insgesamt betreut, davon „nur“ 1.176 in Form von Klagen vor Sozialgerichten in NRW. Mehrheitlich ging es um Fragen zum Schwerbehindertenrecht, zum Beispiel zum Grad der Behinderung und zu den Merkzeichen im Behindertenausweis. Außerdem bezogen sich Verfahren auf Ansprüche gegen die Deutsche Rentenversicherung, insbesondere Erwerbsminderungsren-



Foto: SoVD NRW

Die Beratung des SoVD NRW hilft; hier mit Thomas Eberl in Bochum.

ten und Reha-Leistungen. Die restlichen Verfahren teilten sich auf in Streitigkeiten in den Bereichen Pflege, Krankenversicherung (Leistungen, Hilfsmittel) und Unfallversicherung (Arbeitsunfall, Berufskrankheit).

„Knapp 13 Millionen Euro haben wir für Mitglieder unseres Verbandes im Jahre 2024 erkämpft. Das ist ein großer Erfolg für alle, die sich mithilfe des SoVD gewehrt haben – gegen falsche Bescheide, fehlerhafte Rentenberechnungen, abgelehnte Pflege- und Behinderungsgrade oder zu Unrecht abgelehnte Hilfsmittel“, so Franz Schrewe, 1. Landesvorsitzender seit 2015. „Die Zahlen zeigen, dass es sich lohnt, sich zu wehren. Die Kostenträger scheinen Anträge und Widersprüche auch schon

mal abzulehnen und abzuwarten, ob sich Widerstand regt.“ Das müsse man sich nicht gefallen lassen. Anders als bei einer Rechtsschutzversicherung gebe es beim SoVD keine Wartezeit: „Auch wer bereits ein akutes Problem hat, kann sofort Mitglied werden und Hilfe erwarten.“



Franz Schrewe



Jens Eschmann

Pandemie veränderte die Gesellschaft nachhaltig

Fünf Jahre Corona – Aufarbeitung gefordert

Vor gut fünf Jahren, am 22. März 2020, begann der erste Lockdown. Abstand war schon Gebot, nun schlossen Schulen, Kitas, Läden und Lokale, Heimarbeit wurde normal. Es kamen Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren und im April die Maskenpflicht. Neben der Gefahr des neuen Coronavirus waren auch die Maßnahmen für viele prägend.

Ab Beginn der Pandemie unterstützte der SoVD seine Mitglieder mit Berichten in der SoVD-Zeitung zum Stand und zu sozialen Aspekten, mit der Aktion „Gemeinsam durch die Krise“, mit einer Themenseite auf www.sovd.de, mit „Sozial-Infos“ zu Corona-Hilfen, Kurzarbeit oder vereinfachter Grundsicherung sowie auf SoVD.TV.

Rund 190.000 Todesfälle gab es bisher in Deutschland laut RKI im Zusammenhang mit Covid-19. Etliche Menschen leiden unter dem Verlust von Angehörigen – oder an Gesundheitsschäden. Nicht immer stammen Letztere vom Virus. Viele erlitten durch Angst, Unsicherheit, Einsamkeit und die Einschränkungen psychische Folgen; vor allem Kinder und Jugendliche. Die Lockdowns und Auflagen akzeptierte in einer YouGov-Umfrage vom März eine Mehrheit rückblickend; dennoch empfand rund die Hälfte sie als sehr belastend.

Schäden und Spaltung durch Erlebnisse in der Corona-Zeit

Hinzu kommt: Die Pandemie hat die Gesellschaft entzweit. Das zeigte im Januar wieder eine Umfrage von „ARD-DeutschlandTrend“: Fast jede*r Zweite (46 Prozent) hatte demnach wegen Corona ernste Meinungsverschiedenheiten, besonders über die Impfpflicht und die Maßnahmen. Oft trieb das einen Keil quer durch Familien, Freundeskreise, Generationen.

Darum fordern viele, die Zeit aufzuarbeiten; Bürger*innen sowie Vertretende aus Politik, Wissenschaft, Medizin. Das könnte die Spaltung und den Vertrauensverlust in die Politik bekämpfen. Die „Ampel“ hatte es vor, konnte sich aber nicht auf eine Form einigen. Die neue Regierung müsse die transparente Aufarbeitung schaffen, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD). Es gehe nicht um Sündenböcke. Ziel sei, „in Zukunft noch resilienter und stärker zu sein – und damit auch unsere Demokratie zu schützen und zu stärken.“ *ele*



Foto: ALEJANDRO / Adobe Stock

Fast jede*r Zweite hatte ernsten Streit über Corona-Themen.



SoVD im Gespräch

Spitzentreffen mit dem Paritätischen

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf Mitte März Achim Meyer auf der Heyde, den neuen Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V. („Der Paritätische“).

Neben dem gegenseitigen Kennenlernen ging es auch um die aktuelle politische Lage. Hier ist beiden Verbänden wichtig, dass angesichts des Sondervermögens für Infrastruktur und für Verteidigungsausgaben die sozialen Belange der Menschen nicht untergehen dürfen.



Foto: SoVD

Lernten sich kennen und tauschten sich über sozialpolitische Notwendigkeiten aus, v. li.: Fabian Müller-Zetzsche, Leiter der Abteilung Sozialpolitik des SoVD, Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende des SoVD, und Achim Meyer auf der Heyde, neuer Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Ökonom hatte dort Ende 2024 den Gesundheitswissenschaftler Prof. Dr. Rolf Rosenbrock abgelöst.

Wer wird SoVD-Superheld*in?

Das freiwillige Engagement seiner Mitglieder trägt den SoVD. Sie sind das Rückgrat der Orts- und Kreisverbände. Auch in diesem Jahr zeichnet der SoVD seine „Superheld*innen des Jahres“ aus und ehrt Mitglieder, die sich besonders verdient gemacht haben. Vorschläge können über das Formular oder digital eingereicht werden.

Mit der Auszeichnung als „SoVD-Superheld*in des Jahres“ ehrt der Verband herausragendes ehrenamtliches Engagement in seinen Reihen. In diesem Jahr erfolgt die Ehrung im Rahmen des SoVD-Inklusionslaufes am 11. Oktober 2025 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin.

Viele Vorschläge haben den SoVD schon erreicht. Darin schildern die Mitglieder eindrucksvoll, wie sich ihre „Superheld*innen“ engagieren und die Gemeinschaft voranbringen. Dazu gehören etwa die Organisation frauenpolitischer Veranstaltungen oder die Etablierung von geselligen Formaten wie einem Boule-Nachmittag oder einem Mittagstisch unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“.

Andere Held*innen zeichnen sich durch umfangreiche ehrenamtliche Sozialberatung, Hilfe bei Anträgen und aktive Unterstützung beim Schriftwechsel mit Behörden für die SoVD-Mitglieder aus.

Einige der eingereichten Vorschläge hat der Verband bereits in den Landesbeilagen der Zeitung und auf



Foto: Laurin Schmid

Anne-Dörthe Lorenz und Ulrich Helmboldt, zwei der SoVD-Superheld*innen 2024, bei der Ehrung in Berlin.

seinen Social-Media-Kanälen vorgestellt. Dort werden auch weiterhin „Superheld*innen“ präsentiert. Der SoVD freut sich über ergänzende Vorschläge für Mitglieder, die die Auszeichnung verdient haben. Denn der SoVD lebt vom starken ehrenamtlichen Einsatz seiner Mitglieder im

ganzen Land. Mit der Auszeichnung als „Superheld*in des Jahres“ wird deren Wirken besonders honoriert.

Schicken Sie uns dafür Vorschläge mit Foto über das abgedruckte Formular und senden Sie es uns ausgefüllt per E-Mail an sovd-superhelden@sovd.de oder per Post zu.



Grafik: Matthias Herrndorff

SoVD-Superheld*innen, SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Vorstandsbüro, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Sie können Mitglieder auch online über den auf dieser Seite befindlichen QR-Code nominieren.

Unter allen Einsendungen wählt eine Jury unter Leitung von Michaela Engelmeier drei Gewinner*innen aus. Diese werden zum SoVD-Inklusionslauf nach Berlin eingeladen und als „SoVD-Superheld*innen des Jahres“ gekürt. Die Preisträger*innen erhalten eine Auszeichnung und einen Zuschuss zur Ortsverbandsarbeit. Selbstverständlich benachrichtigen wir die Gewinner*innen rechtzeitig. Zuvor werden in der September-Ausgabe der SoVD-Zeitung zahlreiche Superheld*innen mit einem Foto und einer Kurzbeschreibung vorgestellt.

Weitere Informationen unter: www.sovd.de/sovd-superhelden.

Foto: Dudarev Mikhail / Adobe Stock

Jetzt SoVD-Superheld*innen nominieren

Zum Online-Formular ►



MEIN VORSCHLAG FÜR DEN* DIE SOVD-SUPERHELD*IN

Einsender*in

Name

Gliederung

im Verband seit

Telefon

E-Mail

Superheld*in



Name

Gliederung

im Verband seit

Telefon

E-Mail

Er / Sie hat die Auszeichnung verdient, weil ...

Bitte tragen Sie hier die Begründung für Ihren Vorschlag ein. Achtung: Es geht hierbei nicht um ein gewähltes Amt oder eine Funktion, sondern um besondere Aufgaben. Das kann die Organisation von Spielenachmittagen ebenso sein wie nachbarschaftliche Hilfe oder das Austragen der SoVD-Zeitung. Jeder Einsatz zählt, nur Mut!



SoVD übergibt Forderungen an Sozialminister

Noch immer verdienen Frauen in Niedersachsen im Durchschnitt 15 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – obwohl sie gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten. Damit hat sich die Lohnlücke zwar verringert, aus Sicht des SoVD in Niedersachsen geht es aber viel zu langsam voran. Am internationalen Aktionstag „Equal Pay Day“ am 7. März hat der SoVD deshalb bei einer Demonstration auf diese Ungleichheit hingewiesen und seine Forderungen gegenüber dem niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi deutlich gemacht.

„Ungleichheit beenden und den gordischen Knoten zerschlagen“ – so lautete das Motto der Kundgebung des SoVD Niedersachsen zum „Equal Pay Day“. Er machte damit auf die Problematik aufmerksam, dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern noch immer viel zu groß ist. „In den vergangenen drei Jahren lag die Lohnlücke konstant bei 18 Prozent. Immerhin ist sie jetzt etwas kleiner geworden. Das ist nach so langer Stagnation aber auch mehr als überfällig“, betonte Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik, während der SoVD-Aktion vor dem Sozialministerium in Hannover. Die Landesregierung dürfe jetzt bei der Bezahlung, bei der gleichberechtigten Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, dem Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit für alle und der stärkeren Unterstützung von Alleinerziehenden nicht nachlassen. „Ganz im Gegenteil: Das Tempo muss noch gesteigert werden. Es kann nicht sein, dass im Jahr 2025 der Stundenlohn

von Männern immer noch fast vier Euro über dem der Frauen liegt“, kritisierte Krämer. Der niedersächsische Sozialminister Dr. Andreas Philippi bedankte sich für den Einsatz des SoVD. Philippi, der auch Arbeits- und Gleichstellungsminister ist, sicherte den Frauen seine uneingeschränkte Solidarität zu: „Es kann nicht sein, dass Frauen noch immer nicht die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit erhalten. Um die Lohnlücke zu schließen, müssen wir an mehreren Schrauben drehen. Ganz wichtig ist eine gerechte Verteilung der Care-Arbeit, damit Frauen nicht länger gezwungen sind, Teilzeit zu arbeiten, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Frauen müssen reelle Chancen haben, um Vollzeit zu arbeiten! Wir müssen außerdem endlich dazu kommen, sogenannte Frauenberufe angemessen zu entlohnen. Letztlich ist es in Zeiten des Fachkräftemangels auch im Interesse der Wirtschaft, die gut ausgebildeten Frauen im Erwerbsleben zu unterstützen.“



Fotos (5): Lennart Helal

Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik in Niedersachsen, übergab die SoVD-Forderungen für Entgeltgleichheit symbolisch an den niedersächsischen Sozial- und Gleichstellungsminister Dr. Andreas Philippi.



Die deutlichen SoVD-Forderungen in Richtung Politik fanden bei den Demo-Teilnehmenden viel Beifall.



An der Demonstration vor dem Sozialministerium beteiligten sich zahlreiche SoVD-Aktive aus verschiedenen Kreis- und Ortsverbänden.



„Ungleichheit beenden und den gordischen Knoten zerschlagen“ – so lautete das Motto der Kundgebung des SoVD.



Annette Krämer machte in ihrer Rede deutlich, dass die Politik sich nicht ausruhen dürfe. Das Tempo bei der Beseitigung der Ungleichheit müsse vielmehr noch gesteigert werden.

Podiumsdiskussion und Flashmob in München zum Equal Pay Day für Lohngerechtigkeit für Frauen

„Die Frauen nicht im Regen stehen lassen!“

Das Münchener Aktionsbündnis zum Equal Pay Day – ein Zusammenschluss von über 40 Münchener Einrichtungen und Projekten – hatte seine Frauenorganisationen wieder zu einem tollen Event anlässlich des Equal Pay Day eingeladen, unter der bewährten Leitung von Mariane Pontone und der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD).

In diesem Jahr startete das Münchener Aktionsbündnis zum Equal Pay Day am 25. Februar im Presseclub München mit einer Podiumsdiskussion. Unter dem Motto „Heute schon Dein Konto gecheckt? Lohnlücke entdeckt?“ nahm die Veranstaltung den Gender Pay Gap in den Fokus und diskutierte Fakten, Impulse und Lösungen für mehr Lohngerechtigkeit. Denn Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 16 Pro-

zent weniger als Männer, der sogenannte Gender Pay Gap. Die Veranstaltung sollte vor allem den Blick auf die praktische Umsetzung werfen: Was können Unternehmen, Beschäftigte und die Politik konkret tun, um den Gender Pay Gap zu schließen und eine gleichberechtigte Entlohnung zu gewährleisten? Welche wirtschaftlichen Perspektiven gibt es, um transparente und faire Gehaltsstrukturen in Unternehmen zu etablieren? Und welche Rolle spielen gewerkschaftliche Instrumente wie Tarifverträge, Arbeitszeitmodelle und die Verhandlungsmacht der Beschäftigten als Hebel für mehr Lohngerechtigkeit? Teilnehmende auf dem Podium waren Dr. Katrin Auspurg, Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Simone Burger, Vorsitzende des DGB-Kreisverband München, sowie Rainer Göttmann, CEO von metafinanz.

zent weniger als Männer, der sogenannte Gender Pay Gap.

Die Veranstaltung sollte vor allem den Blick auf die praktische Umsetzung werfen: Was können Unternehmen, Beschäftigte und die Politik konkret tun, um den Gender Pay Gap zu schließen und eine gleichberechtigte Entlohnung zu gewährleisten? Welche wirtschaftlichen Perspektiven gibt es, um transparente und faire Gehaltsstrukturen in Unternehmen zu etablieren? Und welche Rolle spielen gewerkschaftliche Instrumente wie Tarifverträge, Arbeitszeitmodelle und die Verhandlungsmacht der Beschäftigten als Hebel für mehr Lohngerechtigkeit? Teilnehmende auf dem Podium waren Dr. Katrin Auspurg, Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Simone Burger, Vorsitzende des DGB-Kreisverband München, sowie Rainer Göttmann, CEO von metafinanz.



Bürgermeisterin Verena Dietsch eröffnete die Schirm-Aktion.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Journalistin und Autorin Barbara Streidl.

Am 6. März organisierte das EPD-Aktionsbündnis München einen Flashmob mit roten Regenschirmen, damit „die Frauen nicht im Regen stehen“. SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther war auch hier dabei. Der Marienplatz färbte sich rot

mit Regenschirmen und alle Beteiligten hatten auch ihre Kleidung farblich angepasst.

Bürgermeisterin Verena Dietsch (SPD) übernahm die Eröffnungsrede. Auf Instagram gibt es ein Grußwort von der SoVD-Landesvorsitzenden unter: www.instagram.com/epdmuenchen/?utm_source=ig_embed.



V. li.: Mariane Pontone und Meta Günther auf dem Marienplatz.

Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. macht zum Frauentag auf Situation gehörloser Frauen aufmerksam

Besonders gefährdet und oft allein gelassen

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März macht der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. auf die besonderen Herausforderungen gehörloser Frauen aufmerksam. Diese Frauen sind überdurchschnittlich häufig von Gewalt betroffen – in der Kindheit, im Jugendalter oder in Partnerschaften. Trotz dieses hohen Bedarfs an Unterstützung gibt es bislang nur unzureichende Hilfsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse gehörloser Frauen zugeschnitten sind.

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. fordert dringend konkrete Maßnahmen, um gehörlose Frauen besser zu schützen und zu unterstützen.

Studien zeigen deutlich, dass gehörlose Frauen aufgrund ihrer Lebensumstände besonders verletzlich sind. Kommunikative Barrieren, Isolation und eine oft alternativlose Einbindung in die Gehörlosengemeinschaft führen dazu, dass Gewalterfahrungen häufig unentdeckt bleiben und die betroffenen Frauen nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten finden. Viele gehörlose Frauen erleben Gewalt in Partnerschaften, oft durch gehörlose oder hörbehinderte Partner. Die Angst vor Entdeckung und die Abhängigkeit von der Gehörlosengemeinschaft erschweren es den Frauen, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien.

schweren es den Frauen, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien.

Frauenhäuser und Beratungsstellen, die eigentlich Schutz und Unterstützung bieten sollen, sind für gehörlose Frauen oft unzugänglich. Die Angebote sind häufig nicht barrierefrei gestaltet, und das Personal ist nicht ausreichend sensibilisiert oder geschult, um gehörlose Frauen angemessen zu unterstützen. Gebärdensprachdolmetscherinnen werden nur selten eingesetzt, und die Kommunikation gestaltet sich oft schwierig. Dies führt dazu, dass gehörlose Frauen die vorhandenen Hilfsangebote nicht nutzen können – obwohl der Bedarf enorm ist.

Auch auf der Webseite des

Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema Gewaltschutz und Beratung werden gehörlose Frauen und die Bedeutung der Gebärdensprache nicht explizit erwähnt. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Bedürfnisse gehörloser Frauen im Bereich Gewaltschutz noch immer nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es ist dringend notwendig, gehörlose Frauen sichtbar zu machen und barrierefreie Angebote aktiv zu fördern. Die Forderungen sind nachzulesen unter: www.lvby.de/pressemitteilungen.

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. appelliert an Politik, Behörden und Hilfsorganisationen, die Bedürfnisse gehörloser Frauen endlich ernst



Foto: Ulia Koltyrina / Adobe Stock

Gehörlose Frauen können sich gegen Gewalt nicht verbal wehren und Hilfe suchen. Es gibt für sie fast keine Angebote.

zu nehmen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Gehörlose Frauen haben das Recht auf ein sicheres und gewaltfreies Leben. Dafür müssen die bestehenden Barrieren abgebaut und spezifische Hilfsangebote geschaffen werden. „Gehörlose Frauen dürfen nicht länger unsichtbar bleiben“, betont die

Frauenbeauftragte des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen e. V., Manuela Rother. „Wir fordern eine inklusive Gesellschaft, in der gehörlose Frauen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben zu führen.“ *Quelle: LV Bayern der Gehörlosen e. V.*



Personalien

Elfriede Schreiner hat die Geschäftsstelle Nürnberg des SoVD in Bayern über viele Jahre mit großem Engagement geprägt. Durch ihre Fachkenntnisse und ihren Einsatz im Sozialrecht wurde sie zu einer geschätzten Ansprechperson für Mitglieder und Kolleg*innen.

Unter ihrer Leitung entwickelte sich die Geschäftsstelle zu einer erfolgreichen und vertrauensvollen Anlaufstelle. Ihre Arbeit fand Anerkennung weit über Nürnberg hinaus – auch in Franken, Oberbayern und bei der Bayerischen Sozialministerin Ulrike Scharf.

Ihr Werdegang zeigt, wie aus ehrenamtlichem Engagement eine bedeutende Aufgabe mit gesellschaftlicher Wirkung entstehen kann. Schreiner ist inspirierendes Beispiel für alle, die sich für den Verband engagieren möchten.

Im Juni 2025 geht Elfriede Schreiner in den wohlverdienten Ruhestand. Der SoVD Bayern bedankt sich herzlich für ihre wertvolle Arbeit und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft!



SoVD Michelau im März mit Sozialsprechtag und Faschingsveranstaltung

Als Partner im MGH mitgefeiert

Das Mehrgenerationenhaus (MGH) in Michelau ist Kooperationspartner des SoVD-Ortsverbandes. Zur Tradition gehört es deshalb, dass die SoVD-Mitglieder an der Faschingsveranstaltung des MGH teilnehmen, so auch dieses Jahr.

Der Ortsverband Michelau hielt am 1. März seinen zweiten Sozialsprechtag im MGH in Michelau ab. Gegen 14.30 Uhr schloss sich der Faschingskaffeenachmittag an gleicher Stelle an. Dieser war wie üblich ein voller Erfolg und mit circa 20 Personen wie immer gut besucht.

Am 4. März nahm der Ortsverband Michelau wie alle Jahre zum Faschingsausklang an der Veranstaltung des MGHs mit elf Personen teil.



Dr. Josef Haas (vorne) hielt die Sozialsprechstunde ab.



Der SoVD war wie immer beim Faschingskaffee im MGH dabei.

AOK-Analyse zu Eigenanteilen von Pflegeheimbewohner*innen in Bayern

Weiterer Anstieg der Kosten

Die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen, die im Pflegeheim leben, steigt und steigt. Inzwischen zahlen die Bewohner*innen in bayerischen Pflegeheimen im Schnitt 2.373 Euro pro Monat aus eigener Tasche. Innerhalb eines Jahres ist die Gesamtbelastung damit um knapp neun Prozent gestiegen. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO).

Auch für 2025 gibt es keine Entwarnung: Eine Prognose des WIdO zur weiteren Entwicklung macht deutlich, dass auch die Anhebung der Zuschläge zur Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile sowie die Dynamisierung der Leistungssätze den Trend zu immer höheren finanziellen Belastungen nicht nachhaltig stoppen werden.

Die aktuelle Analyse zeigt, dass die Gesamtkosten für einen Heimplatz in Bayern Ende 2024 bei durchschnittlich 4.698 Euro lagen. Davon zahlte die Pflegekasse im Durchschnitt 1.448 Euro. Zusätzlich bekamen die Bewohner*innen von der Pflegeversicherung durchschnittlich 877 Euro pro Monat

für ihre pflegebedingten Eigenanteile in Form der nach Wohndauer gestaffelten Zuschläge erstattet. Durchschnittlich 1.063 Euro mussten sie selbst für die Pflege zuzahlen, hinzu kamen im Schnitt 904 Euro für Unterkunft und Verpflegung sowie 406 Euro für Investitionskosten.

Mit Beginn des Jahres 2025 werden die allgemeinen Leistungssätze der Pflegeversicherung angehoben: Statt beispielsweise bisher 1.775 Euro pro Monat bei Pflegegrad 4 gibt es dann 1.855 Euro. „Trotz der nach Wohndauer gestaffelten Zuschläge und der Dynamisierung der Leistungssätze steigen die Zuzahlungen für

die Pflege im Heim weiter. Wir brauchen daher weitere wirksame und nachhaltige Lösungen zur Begrenzung der steigenden Eigenanteile“, sagt Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, die konkrete Maßnahmen entworfen hat.

Die WIdO-Analyse zu den finanziellen Belastungen der Pflegeheim-Bewohner zeigt auch große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während die Gesamt-Zuzahlungen Ende 2024 in Nordrhein-Westfalen bei 2.764 Euro pro Monat lagen, waren es in Sachsen-Anhalt lediglich 1.965 Euro. Zum Vergleich: Bayern landet mit 2.373 Euro im Monat im Mittelfeld. *Quelle: AOK Bayern*



Sozialberatung



Mapodile M.peopleimages.com / AdobeStock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebersfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 bis 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags bis donnerstags von 9 bis 11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.



Glückwünsche



smileus / AdobeStock

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 3.4.: Bernd Flurschütz, Lautertal; 26.4.: Brigitte

Hinz, München.

70 Jahre: 4.4.: Rosa Müller, Nabburg; 5.4.: Manfred Wunner, Röthenbach; 7.4.: Annemarie Mancini, Illertissen; 18.4.: Manfred Schick, Dietfurt; 25.4.: Sylvia Güntner, Hirschau.

75 Jahre: 9.4.: Werner Mazurek, Münchberg; 20.4.: Heidrun Freier, Weiden; 26.4.: Sonja

Gleichmann, Coburg.

80 Jahre: 30.4.: Maria Schober, Ebersfeld.

85 Jahre: 5.4.: Olga Weidner, Zapfendorf; 15.4.: Rolf Haas, Augsburg; 20.4.: Rosemarie Kimmel, Nürnberg.

90 Jahre: 20.4.: Hannelore Mund, Hengersberg; 23.4.: Elly Endres, Ebersfeld.

Aktuelle Befragung bei Personen in der zweiten Lebenshälfte nach gefühlter Altersdiskriminierung

Jede*r Dreizehnte nimmt Benachteiligung wahr

Aktuelle Befunde des Deutschen Alterssurveys zeigen, dass sich 7,7 Prozent der Menschen in der zweiten Lebenshälfte aufgrund ihres Alters benachteiligt fühlen – das entspricht jeder dreizehnten in Deutschland. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede bei Betrachtung der Zusammenhänge mit Einkommen und Gesundheit.

Im Deutschen Alterssurvey wurde nach der wahrgenommenen Altersdiskriminierung in den letzten zwölf Monaten gefragt. Gefragt wurde auch nach Bereichen, in denen eine Benachteiligung erlebt wurde: Besonders häufig fühlten sich Menschen bei der medizinischen Versorgung und bei der Arbeit bzw. der Arbeitssuche benachteiligt, gefolgt vom Alltag und Geldangelegenheiten, seltener wurden Behördengän-

ge genannt. Fast die Hälfte der Personen, die eine Benachteiligung erlebt haben, nannten mehrere Lebensbereiche, in denen sie diese Erfahrungen machten. In weiterführenden Analysen zeigte sich, dass einkommensarme Menschen sich deutlich häufiger benachteiligt fühlen als Menschen mit höheren Einkommen – sowohl bei der Arbeit/Arbeitssuche als auch bei der medizinischen Versorgung und im Alltag. Gleiches gilt für Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt sind – das ist besonders problematisch, da gerade sie in erheblichen Maße auf eine gute medizinische Versorgung angewiesen sind.

Die Diskriminierungsquote liegt eher noch höher

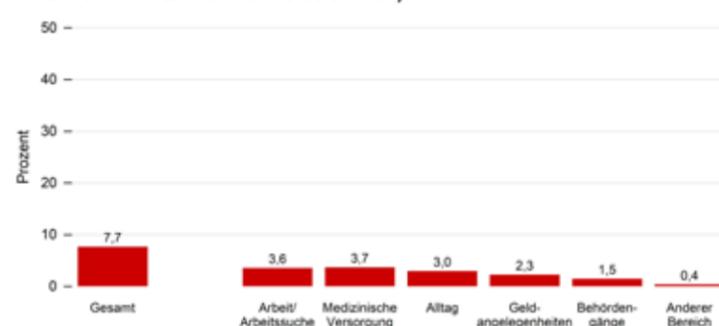
Svenja Spuling, Erstautorin der Studie, ordnet die Befunde ein: „Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass hier wahrgenommene Altersdiskriminierung analysiert wird. Die Aufmerksamkeit für negative Altersbilder und altersdiskriminierendes Verhalten ist gesamtgesellschaftlich

jedoch vergleichsweise gering ausgeprägt. Eventuell besteht somit ein geringeres Problembewusstsein hinsichtlich altersdiskriminierenden Verhaltens: Eine ungerechtfertigte Benachteiligung aufgrund des eigenen Lebensalters wird vielleicht nicht als Diskriminierung wahrgenommen und somit in unserer Studie auch nicht genannt. Es ist also zu vermuten, dass wir mit 7,7 Prozent das Problem eher noch unterschätzen.“

Politischer Handlungsbedarf ist gefordert

Die Tatsache, dass jede dreizehnte Person in der zweiten Lebenshälfte Altersdiskriminierung erlebt und berichtet, macht deutlich, dass politischer und gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht, gerade weil das Erleben von Altersdiskriminierung weitreichende Konsequenzen für das Wohlbefinden, die Gesundheit und Langlebigkeit der Betroffenen hat. Auf gesellschaftlicher Ebene liegen die Kosten vor allem im nicht genutzten Potenzial Älterer, zum Beispiel in der Arbeitswelt oder hinsichtlich des

Wahrgenommene Altersdiskriminierung im Jahr 2023, gesamt sowie nach Bereichen (Mehrfachnennungen möglich, Anteile betroffener Personen im Alter von 43 bis 90 Jahren)



Quelle: Deutscher Alterssurvey 2023, unveröffentlichte Version (Gesamt: n = 4.068; Bereiche: 4.062) gewichtet, gerundete Angaben.

Spuling, S.M., Weinhardt, M., Mavi, L. (2025). Wahrgenommene Altersdiskriminierung in der zweiten Lebenshälfte [DZA Aktuell 02/2025]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.6092/2tdb-b513>

Grafik: DZA

Besonders ältere Menschen mit geringem Einkommen fühlen sich aufgrund ihres Alters in vielen Lebensbereichen diskriminiert.

ehrentamtlichen Engagements. Politische Maßnahmen könnten beispielsweise in der Bekämpfung negativer Altersstereotype, im Überdenken struktureller Gegebenheiten (wie z. B. willkürliche Altersgrenzen) und in der Sensibilisierung des Personals in der Gesundheitsversorgung bestehen. Für komplexere, das heißt differenzierte und vielseitige Altersbilder setzt sich bereits das Programm Altersbilder des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein. Auch der Neunte Altersbericht der Bundesregierung befasst sich mit Ageismus

und schlägt Gegenmaßnahmen vor, zum Beispiel pädagogische Bildungsformate zum Thema Alter gerade bei jüngeren Bevölkerungsgruppen, intergenerationale Programme, die den Kontakt zwischen älteren und jüngeren Menschen fördern, sowie gezielte Aufklärungskampagnen zur Bekämpfung von Ageismus. Davon können nicht nur Ältere, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren – am meisten jedoch bestimmte Risikogruppen wie armutsgefährdete oder gesundheitlich eingeschränkte Personen.

Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen

Info

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte ab 40 Jahren. Im Rahmen der Studie werden seit beinahe drei Jahrzehnten Menschen auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt. Der Deutsche Alterssurvey wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Das Online-Portal „Der Fabulant“ bietet Aufklärung, Hintergrundinformationen und Hilfe an

Verschwörungsmymthen auf dem Prüfstand

„Der Fabulant“ ist ein Informations- und Vernetzungsportal gegen Verschwörungsmymthen und Desinformation von modus|zad, das auf unterhaltsame Art aktuell, faktenbasiert und überprüfbar über populäre Verschwörungsmymthen informiert. Das Team besteht aus wissenschaftlichen Mitarbeitenden, pädagogischen Fachkräften und Redakteur*innen.

Ob „Bevölkerungsaustausch“, „Deep State“, „Böse Barcodes“ oder „Lügenpresse“ – hinter diesen Begriffen steckt ein Weltbild, das sich aus Verschwörungstheorien und Falschinformationen zusammensetzt und einem häufig in den sozialen Medien begegnet. Das Internetportal „Der Fabulant“ (www.derfabulant.de) hilft dabei, aufzuklären. Das Team von „Der Fabulant“ recherchiert, wertet aus und bereitet die Informationen auf.

Hier erfahren Besucher*innen des Portals nicht nur die Ursprünge und Hintergründe von Verschwörungsmymthen, sondern auch, wo der Funke Wahr-

heit darin ist und was als reine Fiktion abgelegt werden kann und somit keiner wissenschaftlichen Überprüfung standhält.

Mithilfe dieses Portals kann man zukünftig Verschwörungsmymthen im eigenen Umfeld durch die richtigen Fragen und nützliche Fakten entkräften und dazu beitragen, dass Menschen, die einem nahestehen, nicht weiter in Verschwörungskreise und Parallelwelten hinabrutschen.

So ist das Portal aufgebaut: Im **Archiv** werden Verschwörungsmymthen gesammelt, die „Der Fabulant“ ausführlich überprüft. Er deckt Logikfehler,

Widersprüche und Lücken auf und bewertet Fantasie, Wahrheitsgehalt und Gefährlichkeit der Erzählungen.

Im **Labor** geht es analytisch zu. Hier werden Hintergrundinformationen, Analysedaten, Screenshots, aktuelle Trends und Entwicklungen aus dem Monitoring veröffentlicht.

In **Exit** bekommt man Hilfe. Es gibt Tipps zum Erkennen von Verschwörungsmymthen und zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen und es werden Beratungsstellen genannt.

Ergänzt wird das Portal durch Kurzvideos, Podcasts, Design-Labs für Multiplikator*innen



Foto: New Africa / AdobeStock

Eine Verschwörungstheorie behauptet, dass Strichcodes negative Energie auf Lebensmittel und damit auf den Menschen übertragen.

und Profile auf Facebook, Instagram, LinkedIn und Twitter. „Der Fabulant“ wird gefördert durch die Bundeszentrale

für Politische Bildung und im Rahmen des Landesprogramms „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus.“

Die Renteninformation sensibilisiert für eine notwendige private oder betriebliche Altersvorsorge

Ausblick auf die künftigen Rentenbezüge

Die Renteninformation erhalten automatisch alle Versicherten, die mindestens 27 Jahre alt sind. Außerdem müssen fünf Jahre mit Beitragszeiten vorhanden sein, da dies die Grundvoraussetzung für eine Rente ist. Aus der Renteninformation lassen sich wichtige Dinge lesen.

Verbraucher*innen können anhand der jährlichen Renteninformation besser einschätzen, mit was für einer Rente sie später rechnen können, wie groß die Lücke zum aktuellen Einkommen ist und in welchem Maße sie sich daher zusätzlich absichern sollten, etwa mit einer privaten oder betrieblichen Altersvorsorge.

Welche Infos stehen in der Renteninformation?

Die Renteninformation hält für Versicherte die wichtigsten Informationen zu ihren Rentenansprüchen bereit, die sich aus ihrer jeweiligen Erwerbsbiografie ergeben: Ab wann sie eine Regelaltersrente erhalten können, wie hoch ihr Rentenanspruch wäre, wenn sie ab jetzt

keine weiteren Beiträge mehr leisten würden, und auch die erwartbare Rentenhöhe, wenn sie weiterhin so verdienen wie bislang. Prognostiziert wird die Rentenhöhe auch unter Berücksichtigung von Rentensteigerungen.

Ferner erfahren Versicherte, mit welchem Rentenanspruch sie bei voller Erwerbsminderung durch eine gesundheitliche Einschränkung rechnen könnten. Sämtliche angegebenen Werte sind dabei als Brutto-Beträge zu verstehen, weil in der Regel Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie Steuern von der Rente abgehen.

Gemeinsam mit der ersten Renteninformation erhalten Versicherte zudem einen Versicherungsverlauf, aus dem sich die im Versicherungskonto gespeicherten Beitragsjahre und Beitragshöhen ablesen lassen.

Was tun bei fehlenden Versicherungszeiten?

Stellen Versicherte fest, dass Zeiten fehlen oder Daten feh-



Foto: Valerii Honcharuk / AdobeStock

Die Renteninformation sollte aufmerksam gelesen werden: Reicht die zu erwartende Rente für einen guten Lebensstandard?

lerhaft erfasst wurden, sollten sie dies ihrem Rentenversicherungsträger mitteilen. Im Idealfall belegen Betroffene ihre Annahmen mit entsprechenden Nachweisen – zum Beispiel der Jahresmeldung ihres Arbeitgebers über die Höhe ihres Verdienstes.

Gut zu wissen: Gerade Schul-, Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten erfasst die Rentenversicherung nicht automatisch, diese müssen händisch

erfasst werden.

Übrigens: Die Renteninformation ist nicht dasselbe wie die deutlich umfangreichere Rentenauskunft. Erstere bekommen Versicherte ab dem 27. Lebensjahr, die mindestens fünf Beitragsjahre vorweisen können, jährlich zugeschickt. Nach Vollendung des 55. Lebensjahres wird die Renteninformation alle drei Jahre durch die Rentenauskunft ersetzt. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund*



Foto: Take Production / AdobeStock

Wenn absehbar ist, dass die staatliche Rente niedrig ausfällt, sollte man so früh wie möglich privat fürs Alter vorsorgen.

Sprechstunden und Sozialberatung



Tiko / AdobeStock

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez und Angelika Purschke werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–15 Uhr. Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108,

E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

SoVD-Büro, Bahnhofstraße 5a, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787, Tel.: 0151/96 46 189 oder per E-Mail: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisverbandsvorsitzende, unter Tel.:

05674/65 67, oder per E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 5.4.: Petra Dunsbach, Kassel; 9.4.: Anke Scheerer, Stadtallendorf; 10.4.: Jürgen Seibel, Wald-Michelbach; 13.4.: Cornelia Hoen, Frankfurt; 20.4.: Heike Zabolitzki-Horlebein, Rodgau; 26.4.: Marco Schnell, Fulda; 29.4.: Anke Bender, Weilburg; 30.4.: Michael Weingärtner, Frankfurt.

65 Jahre: 9.4.: Kornelia Langendörfer, Münchhausen; 18.4.: Rolf Lubbe, Bad Wildungen; 24.4.: Gerhard Burk, Lahntal; Horst Keller, Friedberg; Stefan Kaufhold, Obertshausen; 26.4.: Thomas Horlebein, Rodgau; 28.4.: Margret Brüggemann, Münchhausen.

70 Jahre: 6.4.: Lothar Rüppel, Bad Emstal; 13.4.: Ewa Grezler-Bremisch, Königstein; 21.4.: Marlis Kirschner, Bad Wildungen.

75 Jahre: 23.4.: Claus Schäfer, Gladenbach.

80 Jahre: 24.4.: Brigitte Briel, Bad Karlshafen.

85 Jahre: 8.4.: Brigitte Schutta, Hofgeismar.

90 Jahre: 5.4.: Gerda Kränzler, Usingen.

92 Jahre: 1.4.: Irma Wehrheim, Oberursel.

93 Jahre: 12.4.: Rosemarie Bick, Rotenburg; 16.4.: Aron Neufeld, Waldsolms.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

www.sovd-hessen.de



Foto: Blickfang / Adobe Stock

Politischer Aschermittwoch

Der SoVD Schleswig-Holstein veranstaltete Anfang März in Neumünster seinen ersten Politischen Aschermittwoch. Damit wollte der Landesverband etwas Neues wagen. Denn angesichts gewaltiger Ungerechtigkeiten in Deutschland gilt es, das sozialpolitische Profil des SoVD zu schärfen.

In Süddeutschland ist der Politische Aschermittwoch seit Jahrzehnten etabliert, in Schleswig-Holstein eine Randerscheinung. Der SoVD zeigte, dass auch der Norden Bierzelt „kann“. Rund 300 Mitglieder hatten den Weg in die Stadthalle gefunden. Damit hat der SoVD sehr wahrscheinlich die größte solche Veranstaltung im Norden ausgerichtet.

Ganz traditionell eröffnete der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm die Veranstaltung, indem er den voraussichtlichen künftigen Regierungsparteien CDU und SPD mit markigen Worten die notwendigen Schritte zur Rettung des Sozialstaates ins Stammbuch schrieb. Die angeblich leeren Rentenkassen und der vermeintlich

aufgeblähte Sozialstaat kämen immer dann ins Spiel, wenn der Bevölkerung neue Härten zugemutet werden sollten.

Auch der Hauptredner, der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge, beklagte die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben, vor allem durch ungerechte Steuerpolitik und den Umbau des Arbeitsmarktes – mit mehr prekärer Beschäftigung. Sie Sorge für die geringe Rentenhöhe. Der deutsche Sozialstaat sei kein Vorbild für Europa mehr.

Markige Reden sind das eine, aber Humor darf bei solch einer Veranstaltung nicht fehlen. Hierfür hatte der SoVD den Schauspieler und Stand-up-Comedian Tan Çağlar gewinnen können. Er lenkte den Blick auf die alltäglichen Absurditäten, denen er als Rollifahrer ausgesetzt ist.

Die hervorragende „Marschband“ heizte dem Publikum ein, und auch der Dreiklang aus Bier, Bratwurst und Brezeln trug einiges zum Gelingen bei.



Foto: Nordic CAMPUS Berufsbildungswerk Bremen gGmbH

Beim Eishockey in Bremerhaven feierte auch die Vielfalt Erfolge.

Initiative von Nordic CAMPUS und Fischtown Pinguins

Inklusion bricht das Eis

Ein riesiger Erfolg war der 5. Inklusionsspieltag mit dem Spitzenspiel der Deutschen Eishockey Liga (DEL). Anfang Februar verwandelte sich das Stadion der Fischtown Pinguins in Bremerhaven in einen Ort der Begegnung, des Sports und vor allem der Inklusion.

Das erste Spiel der Mannschaft nach ungeplanter Pause konnte unter dem Motto „Inklusion bricht das Eis“ stattfinden. Die gemeinsame Initiative mit dem SoVD-eigenen Nordic CAMPUS in Bremen rettete den Spieltag. So wurde nicht nur Eishockey auf höchstem Niveau gespielt, sondern zugleich ein Zeichen für Vielfalt und Gemeinschaft gesetzt. Das Schätzspiel unterstützten die Elbe-Weser-Welten, die auch mit einem Infostand über Inklusion aufklärten.

19 Mitarbeitende und Teilnehmende des Nordic CAMPUS waren in alle Abläufe eingebunden, halfen im Fanshop, beim VIP-Einlass, in der Gastronomie. Auszubildende Franziska Römer durfte gar mit dem Stadionsprecher aufs Eis. „Diese Veranstaltung liegt uns sehr am Herzen und zeigt einmal mehr, dass Sport verbindet“, so Geschäftsführer Dr. Torben Möller. Mehr unter: www.nordic-campus.de/neuigkeiten



Fotos: Thomas Eisenkrätzer

Bei bissigen Reden gegen ernste Missstände ist Lachen erlaubt.

Anzeige



ab 350 € pro Person *

Ihre Auszeit an der Nordsee

Kurz mal weg

Manchmal braucht es nur ein paar Tage, um neue Energie zu tanken: Buchen Sie unser exklusives Erholungs-Paket mit 4 Übernachtungen!

- tägliches Frühstücks- und Abendbuffet im Rahmen der Halbpension
- 3x Kaffeegedeck mit Kännchen Kaffee & ein Stück Kuchen in unserem Restaurant
- eine Aufmerksamkeit auf Ihrem Zimmer

Jetzt Urlaub in Büsum anfragen unter Telefon 04834-95250 oder auf unserer Internetseite www.erholungszentrum-buesum.de

* im Haus Nordsee oder Haus Andrea, zzgl. Kurtaxe der Gemeinde. Ganzjährig buchbar nach Verfügbarkeit.

SOVD
Erholungszentrum
Büsum



Tipp für Kinder

Oskar und der sehr hungrige Drache

Als der Drache aufwacht, wissen die Menschen im Dorf, dass es Zeit ist, ihm eine Prinzessin zum Fraß vorzuwerfen. Denn das war nun einmal die Lieblingsspeise des Drachen. Doch leider gibt es weit und breit keine Königstochter. Deshalb bekommt der Drache den kleinen Oskar vorgesetzt. Nicht mehr als eine halbe Portion, findet der sehr hungrige Drache. Doch der Dreikäsehoch ist zwar schwächlich, aber nicht dumm. Und Oskar kann echt gut kochen. Seine zubereiteten Speisen duften so herrlich, dass dem hungrigen Drachen das Wasser im Maul zusammenläuft. Und schon bald sieht das Untier ein: So ein Spitzenkoch ist zum Fressen viel zu schade!



Ute Krauses Buch ist eine sehr witzige Drachengeschichte und ein Vorlesepaß für Kinder und Eltern.

Ute Krause: Oskar und der sehr hungrige Drache. cbj Kinderbücher, 40 Seiten, ab 4 Jahren, ISBN: 978-3-570-18218-5, 15 Euro.

Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ unter dem Betreff „Oskar und der sehr hungrige Drache“ per E-Mail an: verlosung@sovde.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



Rolands Rätselecke

Ein Fabeltier in Einzelteilen

Bei diesem Rätsel geht es darum, das Puzzle des Drachens richtig zusammensetzen. Die Umrisse zeigen dir, wo die einzelnen Teile hingehören. Doch aufgepasst: zwei Puzzlestücke bleiben übrig – nur welche? Die neben den überflüssigen Teilen stehenden Nummern sind die gesuchte Lösung.

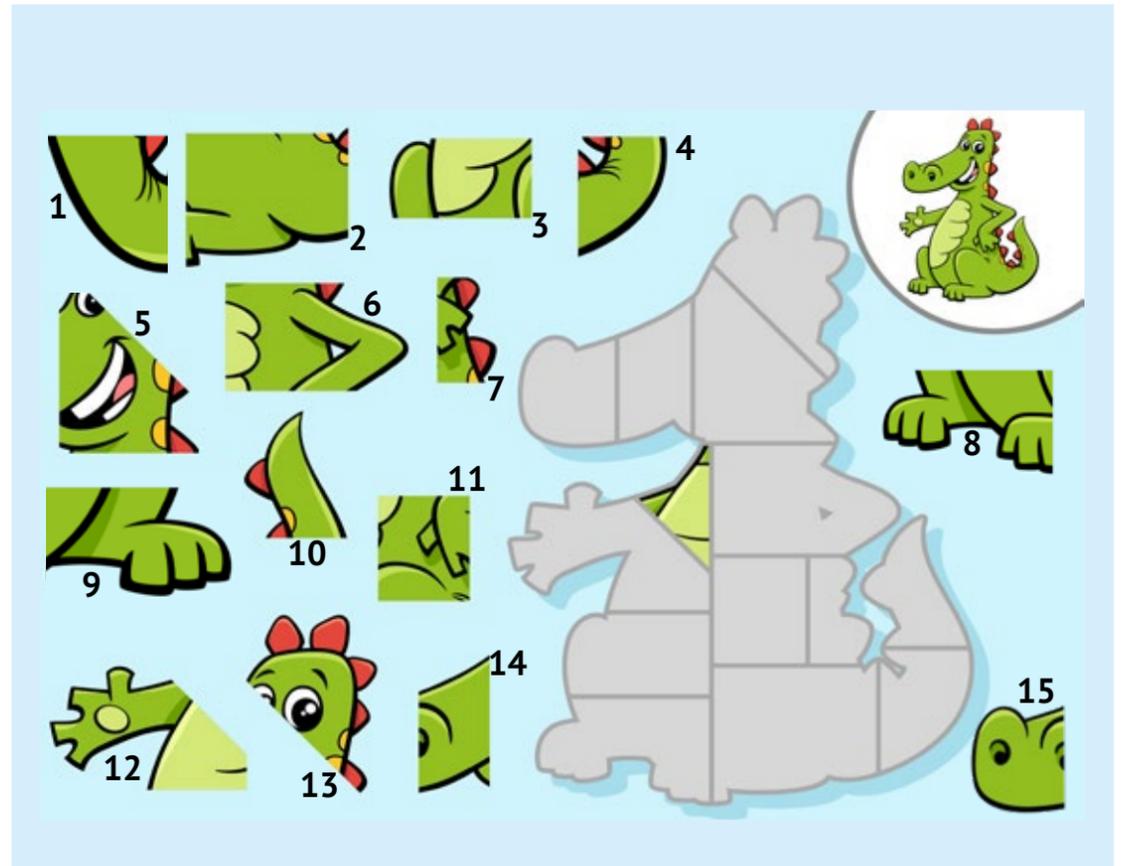


Foto: Igor Zakowski / Adobe Stock

Anzeige

Geschützt durch die Allergiesaison

Die Pflegehilfsmittel von meinPflegeset unterstützen Sie dabei

Nach § 40
SGB XI ab
Pflegegrad 1*

So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse **anpassen**

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner

Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.

PRAXIS PARTNER

Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

fachversand@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



Schauspielerin Veronica Ferres lässt sich Übergriffe von Männern nicht gefallen

„Ich setze klare Grenzen“

Unter #MeToo machten Frauen 2017 weltweit Sexismus-Vorwürfe publik. Dabei ging es zunächst um die Filmbranche. Dort, so Schauspielerin Veronica Ferres, gebe es noch immer ein Machtgefälle zwischen Männern und Frauen. Ferres selbst gehe damit heute jedoch selbstbewusster um.

Der englische Begriff „me too“ bedeutet übersetzt: „Ich auch“. Mit diesem Bekenntnis brachen Betroffene von sexualisierter Gewalt ihr Schweigen. Zu Beginn ihrer Karriere war Veronica Ferres ebenfalls mit unangenehmen Situationen und Übergriffen konfrontiert.

Auch heute, so Ferres gegenüber dem Magazin „Bunte“, verhielten sich einzelne Männer unangemessen. Sie selbst setze jedoch klare Grenzen. Als junge Frau allerdings, gab die bekannte Darstellerin zu, hätte sie sich das niemals getraut.



Foto: Gerald Matzka / picture alliance

Als ein Kollege ihr gegenüber laut wurde, machte Veronica Ferres deutlich, dass sie es leid sei, von Männern angeschrien zu werden.

Um eine Frau zu beeindrucken, wechselte Schauspieler Armin Rohde die Religion

Aus Liebe wurde er Buddhist

Im Kinofilm „Der bewegte Mann“ spielte er einen schwulen Metzger. Aus der ZDF-Reihe „Nacht-schicht“ dagegen kennt man ihn als knallharten Kommissar. Am 4. April feiert der wandlungsfähige Armin Rohde, oder mit buddhistischem Namen: Karma Geleg Palsang, seinen 70. Geburtstag.

Armin Rohde kam in Gladbeck als Sohn einer Fabrikarbeiterin und eines Bergmanns auf die Welt. Die Schule verließ er kurz vor dem Abitur und hielt sich zunächst als Hilfsarbeiter über Wasser. Erste Erfolge als Schauspieler hatte er an Theatern in Bielefeld und Bochum.

Warum er mit Anfang 20 zum tibetanischen Buddhismus übertrat, verriet Rohde der Zeitschrift „Für Sie“. Er habe damals eine Frau beeindrucken wollen. Die Idee, dass mit dem Tod nicht alles vorbei sei, gefalle ihm aber auch heute noch.



Foto: Marion von der Mehden / ZDF

Armin Rohde sagt, das einzige wirklich Buddhistische an ihm sei, dass er auch in Extremsituationen versuche, Ruhe zu bewahren.

Patient*innen ohne Diagnose – Esther Schweins setzt sich für Betroffene ein

Seltene Erkrankungen im Blick

Sie war Teil der Kult-Comedy „RTL Samstag Nacht.“ Als jedoch vor einigen Jahren niemand wusste, woran ihre eigene Nichte litt, verging ihr selbst das Lachen. Seither engagiert sich Esther Schweins für seltene Erkrankungen. Am 18. April wird die Schauspielerin und Theaterregisseurin 55 Jahre alt.

Ein Urlaub auf Sri Lanka ließ sie die Launen des Schicksals 2004 hautnah spüren: Nur knapp überlebte Esther Schweins damals eine Tsunami-Welle.

Vor einigen Jahren dann hing das Leben ihrer Nichte an einem seidenen Faden. Erst im letzten Augenblick erkannte man eine Autoimmunerkrankung. Seither macht die in Oberhausen geborene Schauspielerin auf seltene Erkrankungen aufmerksam. Betroffene, so Schweins, wüssten nicht, woran sie leiden und fielen durch die Maschen des gesundheitlichen Netzes.



Foto: Hein Hartmann / Geisler-Fotopress / picture alliance

Esther Schweins informiert über seltene Erkrankungen, von denen in Deutschland rund vier Millionen Menschen betroffen sind.



Buchtipps

Alle Wege führen nach Rom

Sie suchen Macht, Reichtum, Erlösung oder Liebe – ob Pilger, Plünderer, Kaiser oder Bettelmönch: Seit Jahrtausenden zieht es Reisende nach Rom. In seinem neuen Buch erzählt Italienexperte Andreas Englisch von diesen Menschen und von einer rasanten Reise. Diese schweißt ihn und seine Begleiterin Sue zusammen und führt beide von Meran in Südtirol über den Gardasee, Verona und die Toskana bis nach Rom. Dabei gilt es, etliche Rätsel zu lösen und Hinweise zu entschlüsseln.

Die schwungvoll erzählte Schnitzeljagd durch die Kultur und Geschichte Italiens ist auch eine Liebeserklärung an das Land, das Andreas Englisch nun schon seit fast vier Jahrzehnten begeistert.

Andreas Englisch: *Alle Wege führen nach Rom*. C. Bertelsmann, 368 Seiten, ISBN: 978-3-570-10560-3, 26 Euro.



Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Alle Wege führen nach Rom“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.



Denksport

Feuer und Flamme für dieses Rechenspiel

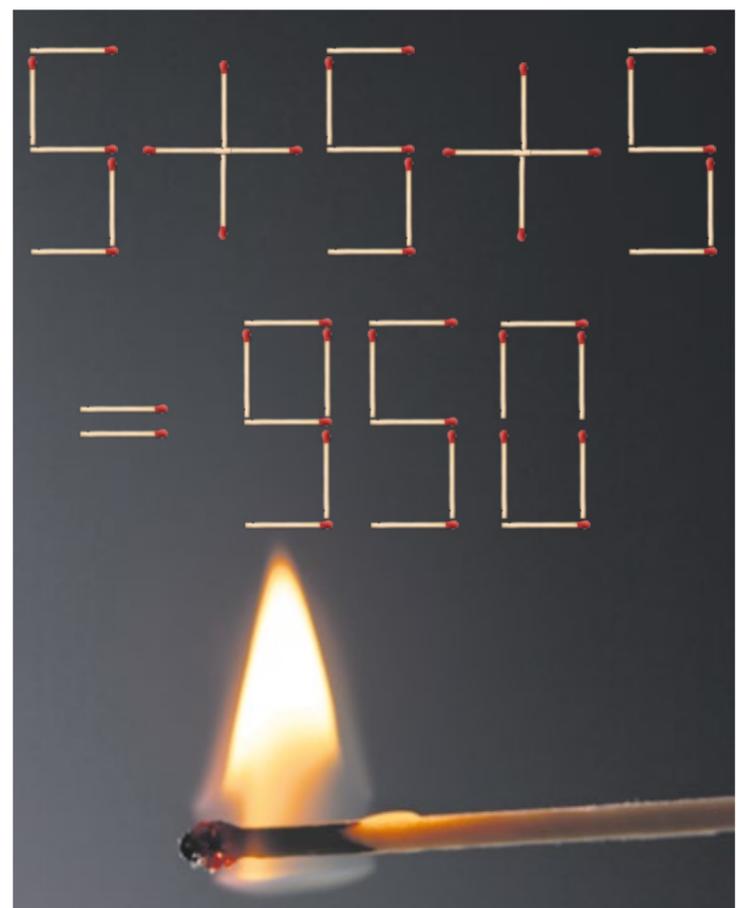


Foto: Stockhausen / Adobe Stock; Montage: SoVD

Zündhölzer bergen stets ein gewisses Gefahrenpotenzial. Dementsprechend könnten Sie also an der folgenden Aufgabe scheitern. Diese lautet wie folgt: Machen Sie durch das Umlegen eines einzigen Hölzchens aus der abgebildeten falschen Gleichung eine richtige! Die Auflösung finden Sie auf Seite 18 dieser Ausgabe.

Buchtipps

Der längste Sommer ihres Lebens

Die engagierte Unternehmerin Claudia steht kurz davor, sich ihren großen Traum zu erfüllen und Bürgermeisterin ihrer Heimatstadt zu werden. Da taucht ihre achtzehnjährige Tochter Anouk plötzlich im Umfeld radikaler Klimaaktivisten auf. Anouk landet im Gefängnis, das Haus ihrer Familie wird von der Polizei durchsucht. Für die Medien ist das natürlich ein gefundenes Fressen. In der Folge ist nicht nur Claudias Kandidatur gefährdet, auch der Ruf des von ihr bereits in dritter Generation geleiteten Autohauses ist beschädigt. Zu allem Überfluss stellt sich auch noch ihre eigene Mutter, die heimliche Chefin der Firma, gegen sie. Und anstatt seiner Frau beizustehen, wird auch Ehemann Martin zu einem unberechenbaren Gegenspieler. Claudias ganze Existenz steht auf dem Spiel – und schließlich sogar das Leben ihrer Tochter.



Amelie Fried: Der längste Sommer ihres Lebens. Heyne, 432 Seiten, ISBN: 978-3-453-27298-9, 22 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Der längste Sommer ihres Lebens“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.

Fernsehtipp

Geld aus der Staatskasse

Ein Netzwerk aus Banken, Kanzleien und Investor*innen betrügt die Staatskassen um 146 Milliarden Euro. Gegen enormen Widerstand versuchen zwei Frauen, dem ein Ende zu setzen. „Die Affäre Cum-Ex“ basiert auf wahren Ereignissen und schildert den größten Steuerraub in der europäischen Geschichte.

So funktioniert das Prinzip „Cum-Ex“: Steuern zahlen, sie zweimal erstattet bekommen und behaupten, das sei legal. In Deutschland machen der Anwalt Sven Lebert und sein Chef Dr. Bernd Hausner diesen Betrug zu einem Geschäftsmodell. Schamlos und ohne Moral bedienen sie sich an Steuergeldern. Die Staatsanwältin Lena Birkwald kämpft unermüdlich dafür, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

„Die Affäre Cum-Ex“ läuft am 13. und 14. April jeweils um 22.15 Uhr im ZDF. Bereits vorher ist die Reihe in der Mediathek unter www.zdf.de/serien verfügbar.



Foto: Jens Koch/ZDF; Montage: Serviceplan

V. li.: Lena Birkwald (Lisa Wagner) hält das, was Sven Lebert (Nils Strunk) und Bernd Hausner (Justus von Dohnányi) tun, für Betrug.

Hätten Sie's gewusst?

Pharao mit gültigem Reisepass

Pharao Ramses II. (1303 bis 1213 v. Chr.) war ein bedeutender Herrscher des Alten Ägyptens. Als seine Mumie in Paris restauriert werden sollte, gab es jedoch Probleme mit der Ausreise des Regenten. Daher stellten die Behörden dem Pharao einen Reisepass aus – über 3000 Jahre nach dessen Tod.

Die Herrschaft von Ramses II. gilt als Goldenes Zeitalter. Immerhin regierte er das Land über 66 Jahre hinweg. In dieser Zeit ließ er zahlreiche Statuen und Monumente errichten, unter anderem auch den Tempel von Abu Simbel. Den mumifizierten Leichnam des Pharaos setzte man im Tal der Könige bei.

Als 1976 ein französischer Arzt die Mumie untersuchte, stellte er einen Pilzbefall fest. Um den Verfall aufzuhalten, riet er, die Überreste nach Paris zu bringen. Zu diesem Zweck benötigte der Pharao jedoch einen gültigen Ausweis. In diesem war übrigens auch sein Beruf vermerkt: „König, verstorben“.



Foto: jakartatravel/Adobe Stock

Pharaonen galten einst als „fleischgewordene Götter“. Das ändert jedoch nichts an den Sicherheitsbestimmungen bei Flugreisen.

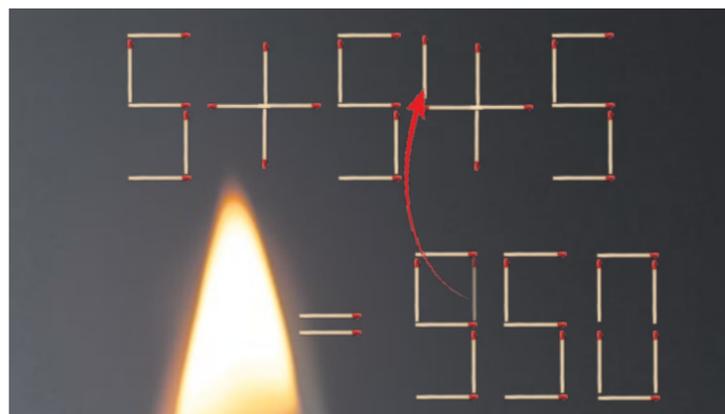
Des Rätsels Lösung

Kreative Antworten gesucht (Ausgabe März, Seite 16)

Zur Frage, warum niemand nass wird: Es regnet nicht. Und Menschen mit Glatze gelten deshalb als friedlich, weil sie sich mit niemandem „in die Haare“ kriegen können.

Feuer und Flamme für dieses Rechenspiel (Denksport, Seite 17)

Auflösung siehe rechts.



Variante: LEICHT

1	9				6	7	
	6						○
	8	7	2		6		4 1
○	1	3			9		2
2				8			6
	4		3			9	8
3	2		9		1	7	6
				○			9
	7	8				5	4

216

Auflösung des Vormonats

7	1	6	8	2	4	3	5	9
5	8	3	6	7	9	2	1	4
9	4	2	5	1	3	7	6	8
4	2	5	7	3	8	1	9	6
1	3	7	9	5	6	4	8	2
8	6	9	1	4	2	5	7	3
2	5	8	3	6	7	9	4	1
3	9	1	4	8	5	6	2	7
6	7	4	2	9	1	8	3	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

4		2			1	8		
9			2	3				○
	3	1		4				
	1	6					8	
	2			5			4	
	5			○		2	3	
				6		1	7	
	○			2	8			4
		3	7			9		8

Auflösung des Vormonats

5	1	2	4	6	7	8	9	3
9	8	6	5	3	2	4	7	1
7	3	4	1	9	8	2	5	6
3	6	9	8	7	1	5	2	4
1	7	5	2	4	6	9	3	8
2	4	8	9	5	3	6	1	7
8	5	7	3	2	4	1	6	9
4	2	3	6	1	9	7	8	5
6	9	1	7	8	5	3	4	2

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April.

Was Betroffene tun können, um sich für die Pollenflug-Zeit zu wappnen und Beschwerden abzumildern

Besser durch die Allergiesaison kommen

Die Temperaturen steigen jetzt – alles beginnt zu blühen, man kann draußen sitzen und ausgedehnt in der Natur spazieren. Doch nicht alle haben daran nur Freude. Wer auf die Pollen von Hasel, Birke, Gräsern, Beifuß & Co. allergisch reagiert, blickt teils mit Grauen auf die „schönen“ Frühlings- und Sommermonate. Das betrifft über zwölf Millionen Menschen im Land. Einiges können sie jedoch tun.

Niesen, Schnupfen, juckende Augen und Haut, Müdigkeit, Schlafstörungen, Kopfschmerz, geringe Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit: Die Symptome und Intensität einer allergischen Reaktion sind sehr verschieden. Auslöser sind Pollen, also Blütenstaub. Die häufigsten Allergene stammen von Bäumen, Gräsern und Kräutern. Das Immunsystem deutet sie als Gefahr und bekämpft sie mit dem Botenstoff Histamin, der die Beschwerden macht.

15 Prozent der Erwachsenen in Deutschland, laut Schätzung der Krankenkassen, bekommen irgendwann die Diagnose Pollenallergie, auch Heuschnupfen genannt. Frauen trifft es mit 16,5 Prozent öfter als Männer mit 13 Prozent. Kinder und Jugendliche kommen hinzu. Für alle gelten ein paar übliche, ärztliche Tipps:

Tipp 1: genaue Diagnostik

Wer ahnt, Heuschnupfen zu haben, sollte in einer allergologischen Praxis testen lassen, worauf er*sie reagiert. Meist passiert das mittels „Pricktest“.

So lässt sich die Allergie behandeln – und Folgeproblemen vorbeugen, wie Hörschäden, neuen Allergien oder gar Asthma mit Atemnot und Reizhusten.

Tipp 2: Medikamente

Antiallergische Präparate können Beschwerden lindern. Viele sind frei verkäuflich; aber besser ärztlichen Rat einholen!

Macht vor allem die Nase Beschwerden, sind Cortison-Sprays ratsam. Sie wirken nur lokal. Sind auch die Augen betroffen, gibt es Antihistaminika, meist als Tabletten. Ergänzend zu beidem kann man Nasenduschen mit isotoner Salzlösung machen.

Tipp 3: Pollenflugvorhersage

Vorhersagen wie von der Stiftung Deutscher Polleninformationsdienst zeigen, wann man besser Medikamente nimmt, ein Picknick absagt und Sport nach drinnen verlegt. Bei hoher Belastung schützen enge Sonnenbrillen, Kopfbedeckungen, damit Pollen sich nicht im Haar verfangen, und Mund-Nasen-Schutz.

Tipp 4: schlau lüften

Beim Lüften gilt die Faustregel: „auf dem Land abends, in der Stadt morgens“. Doch es gibt immer Schwankungen, auch durchs Wetter. Starker Regen etwa wäscht Pollen aus der Luft, Nieselregen wirkt oft gegenteilig. Gut ist ein Filter im Fenster.

Tipp 5: freies Schlafzimmer

Die Belastung nachts reduzieren zwei Dinge: Haare abends



Foto: Nastassia / Adobe Stock

Sogar Tiere können allergisch sein! Und „Heuschnupfen“ klingt harmlos, doch viele Menschen haben starke Symptome – bis zu Asthma.

waschen, um keine Pollen im Kopfkissen zu haben; und die Kleidung vom Tag außerhalb des Schlafzimmers ausziehen.

Tipp 6: Immuntherapie

An die Ursachen geht nur eine „Hyposensibilisierung“: Über Jahre erhält der Körper kleine Dosen des Allergens – als Sprit-

zen, Tabletten oder Tropfen – und soll seine Immunantwort ändern. Symptommfreiheit danach ist selten, Besserung häufig.

Tipp 7: Rauch vermeiden

Rauch, Staub und andere Luftschadstoffe verschlimmern die Allergie. Betroffene sollten nicht rauchen, auch nicht passiv. *ele*

Anzeigen

Reisetipp

Seniorenurlaub
in das Allgäu und an die Ostsee

Fordern Sie noch heute unverbindlich den Katalog für Ihren Urlaub 2025 mit Hotels im Allgäu (u.a. Oberstdorf, Bad Wörishofen, Füssen) und an der Ostsee (u.a. Rügen, Timmendorf, Darß, Kühlungsborn) an, z.B. inkl. HP, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus ab/zur Haustür, 7 Tage für nur 779,-€. Tel. 0 83 76 / 92 92 72
Seniorenurlaub Keller GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenurlaub.de

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 67€

staatl. anerk. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten
Seniorenfreundlich, alle Zl. Flachdusche/WC/Föhn/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de landhotel@spessartruh.de

Gesucht & Gefunden

Dauerstellplatz bei Goslar mit Wohnwagen und Vorzelt abzugeben für 7.500€, Grundstück - jährliche Miete ☎ 0152-02170669

Treppenlift

Bundesweiter Service,
24 Stunden,
365 Tage im Jahr

Auch zur Miete

Service bundesweit
Kurze Lieferzeiten
Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 234 56 55
www.minova-lift.de

Treppenlift

4.000,- Euro
Zuschuss!

4.000,- Euro Zuschuss oft möglich

Wir helfen Ihnen bei der Antragstellung
Die neue Generation für das beste Liftgefühl

Bundesweiter Service
Prima-Lift

Kostenlose Telefonberatung 24 Std täglich Wir sind für Sie da!

☎ 0800 - 23456 11
www.prima-lift.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:
Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter
07243 / 5390-123

Barrierefreies Reisen

Urlaub & Pflege e.V.

gemeinnütziger Reiseveranstalter für Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf

mit:

- 1:1 Begleitung
- Pflege bis PG 5
- Nachtbereitschaft
- Ausflugsprogramm

Bahnhofstr. 7, 48291 Telgte, 02504 - 73 96 043
www.urlaub-und-pflege.de / post@urlaub-und-pflege.de

Bayerischer Wald

So muss Urlaub sein!

5 ÜN pro Person ab 370,-
inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness

Urlaubshotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen FeWo an der Promenade,
1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 05222/15217 | fewobadsalzuflen@gmail.com

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD mit Haustürabholung PLZ 0-5

Neu ab 2025 !!!! 14 Tg. Kur in Marienbad
Haustürabh. Ü/ F/ HP/ Kuranwendungen Preis je nach Hotelkategorie

14Tg Kurreisen in Polen nach Swinemünde, Misdroy, Kolberg, Henkenhagen oder Dzwirzyno, Haustürabh. Ü/ F/ HP/ 20 Anwend. ab 699€

14 Tage Kombi- Reise Mai 2025 oder Herbst
1 Woche Masuren mit Ausflüge und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.p.m. DZ 1.299€

Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60 Katalog anfordern

Schleswig-Holstein

Inselstadt Ratzeburg. Kl. Ferienhaus für 2 Pers. Mit Bettwä. + Handtü. Eingez. Gartenflä. Hühner + Hahn auf Grundst. 40€ p.N. Erd.Rei. 45€ ☎0179-1276107 (ab 18 Uhr)

Nord-/ Ostsee

Büsum ***. FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/611 3066

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos. Dachterr. Badeseeh. Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrashof.de

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 04841/63987 www.jacobs-ferienwohnung.de

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. ☎ 04834-9204, www.deichträume.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage

2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 04834/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + ÖF

☎ 0160/171 44 38

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, W-Lan, Wäsche inklusive. Ab 29€ p.T., ☎ 048343283

Polnische Ostsee

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, Hotel**** ab €240,- optional Hausabholung & Anwd. JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers., ab 35,-€/Tag ☎ 05524/1630



Wissen, was hinter dem Dampf steckt

Fakten, Forschung und neue Erkenntnisse.

APOTHEKEN
Umschau

Gesundheit hat einen Ort.



Spar-Luchs Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- 7 Tage / 6 Übernachtungen **Vollpension Plus** inkl. großes Frühstücksbuffet
- 6 Mittag- und Abendessen vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- **Wohlfühl- und Erlebnispaket** mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- Eintritt Luftfahrtmuseum Wernigerode • Wertgutschein Hotel-Shop

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 21.12.25
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw.
im DZ

582,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
**45%
Vorteil!**





KURdirekt

8 Tage p.P. ab **€ 497,-**

2x kleine Schnupper-Kur-Anwendung p.P./Aufenthalt inklusive!

Schnäppchentage an der polnischen Ostsee

Feinster Sandstrand und frische Meeresluft warten in Polens größtem Heilbad auf Sie. Bereits seit 1802 ist Kolberg als Kurort bekannt und beliebt.



IHRE HOTELS: 3+ & 4+ Hotel Solny

Lage: Ihr Hotel liegt nur ein paar Hundert Meter vom Ostseestrand entfernt. Das Stadtzentrum Kolbergs können Sie in ca. 15 Minuten fußläufig erreichen.

Zimmer/Ausstattung: Die Zimmer beider Hotels sind mit Bad/WC, Fernseher und Telefon ausgestattet. Im 4+ Hotel haben fast alle Zimmer einen Balkon oder eine Terrasse. Des Weiteren sind jeweils eine 24-Stunden-Rezeption, ein Café und eine Lobby-Bar vorhanden.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Im Wellnessbereich der Hotels werden verschiedene Massage-, Wellness- und Kosmetikbehandlungen angeboten. Alternativ stehen den Gästen ein Innen- sowie Außenpool (Juli-August/September) zur Verfügung.



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3+ oder 4+ Hotel Solny
- ✓ 3+ Resort: All Inclusive light (Mittagsnack, Getränke gem. Karte zu den Mahlzeiten inkl.)
- ✓ 4+ Resort: Halbpension
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Abendessen als Buffet
- ✓ Täglich Kaffee und Kuchen inklusive
- ✓ 2x kleine Schnupper-Kur-Anwendung p.P./Aufenthalt
- ✓ Freie Nutzung des hoteleigenen Wellnesszentrums mit Poolbereich
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN) in der Lobby
- ✓ Örtliche Reiseleitung mit regelmäßigen Sprechstunden

TERMINE & PREISE 2025 p.P.

im Doppelzimmer Anreise: samstags S 01.11.* ¹	8 Tage / 7 Nächte	
	3+ Solny	4+ Solny
A 26.04.; 03.05. 18.10.; 25.10.	€ 547,-	€ 617,-
B 10.05.; 17.05.; 24.05. 04.10.; 11.10.	€ 597,-	€ 667,-
C 31.05.; 07.06.; 14.06.* ¹ 13.09.; 20.09.; 27.09.	€ 697,-	€ 767,-
Einzelzimmer-Zuschlag pro Zimmer Saison S-B pro Zimmer Saison C	€ 140,- € 175,-	€ 175,- € 210,-

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

› Kleines Kurpaket € 48,- p.P./Woche (6-8 Anwendungen/Woche)

Hinweise:

- *1 Letzte Rückreise: 21.06.2025 & 08.11.2025
- › Kurtaxe ist zahlbar vor Ort (ca. € 1,80 p.P./Tag).
- › Kolberg ist eine der „Boom-Destinationen“ Europas. In den nächsten Jahren muss daher, wie in allen anderen Boom-Reisezielen auch, mit erhöhter Bautätigkeit gerechnet werden.
- › Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche ergibt sich durch den Abzug von € 248,- in der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Weitere Termine für 2025 finden Sie in unserem neuen Katalog 2025 - jetzt kostenlos anfordern!




REISE KÖNIG

8 Tage p.P. ab **€ 1.477,-**

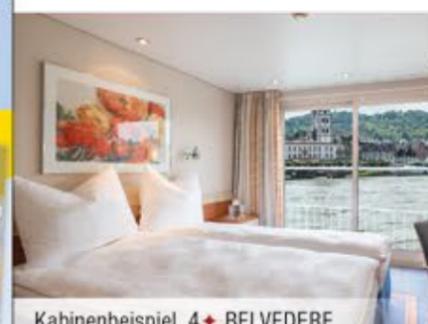
Jetzt buchen & Getränkepaket + Ausflugspaket im Wert von € 348,- sichern!*

Flusskreuzfahrt „Donauwalzer“

Verbringen Sie eine abwechslungsreiche Kreuzfahrt auf einem der größten Flüsse Europas. Lehnen Sie sich an Bord ganz entspannt zurück und lassen Sie die herrlichen Landschaften auf Ihrem Weg durch Österreich, die Slowakei und Ungarn an sich vorüberziehen. Während Ihrer Flusskreuzfahrt sehen Sie die beeindruckenden Donaumetropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava.

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		17:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Ausflug nach Maria Taferl. Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Fahrt auf dem Prater.	06:00 Uhr	12:00 Uhr
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.		19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	12:00 Uhr	
5	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Teilnahme an einer Puszta-Rundfahrt.		14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Besuch des Benediktinerstifts.	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord inkl. Getränkepaket*¹ im Wert von € 203,-
- ✓ Ausflugspaket*¹ im Wert von € 145,- :
 - Stadtrundfahrt/-gang Wien, Budapest & Bratislava
 - Benediktinerstift Melk
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Kreuzfahrtleitung & deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren

TERMINE & PREISE 2025 p.P.

Abfahrtstermine: montags	2-Bett Hauptdeck vorn/achtern (HX)	2-Bett Mitteldeck achtern (MX)	2-Bett Oberdeck achtern (OX)
A 07.07.* ² ; 14.07. 28.07.; 04.08.* ²	€ 1.477,-	€ 1.827,-	€ 2.177,-
B 16.06.* ² ; 23.06.; 30.06. 18.08.; 25.08.	€ 1.577,-	€ 1.877,-	€ 2.277,-

Hinweise:

- *1 Bei Buchung bis zum 11.04.2025 erhalten Sie das Getränkepaket & Ausflugspaket im Wert von € 348,- geschenkt.
- *2 Single-Spezial: Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung um 50% reduziert. (begrenzt Kontingent)
- › Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Routenänderungen vorbehalten.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Weitere Termine für 2025 finden Sie in unserem neuen Katalog 2025 - jetzt kostenlos anfordern!



Beratung & Buchung: **0800 - 228 42 66**
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter: www.kurdirekt.de
Folgen Sie uns auch auf Facebook und Instagram!

Beratung & Buchung: **0800 - 55 66 700**
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de



Vorsorge für den Trauerfall.

Als Mitglied des Sozialverbands Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Sterbevorsorge

- Versicherungssumme von 1.000 bis 20.000 EUR
- Individueller Rundumschutz in drei Tarifvarianten
- Mitgliedervorteil 3% Beitragsrabatt und attraktive Extraleistungen

Haben Sie Interesse? Dann wenden Sie sich an uns:

ERGO Beratung und Vertrieb AG, Vertriebskooperationen - VKAHH
 Überseering 45, 22297 Hamburg
 Tel. 0800 3746-925 (gebührenfrei)
 Mail: Koop-Sozialverbaende@ergo.de
www.ergo.de/vereine-und-verbaende



ERGO

Einfach, weil's wichtig ist.

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Bio-Hagebutten
 100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden. Vegan!
 Best.-Nr. 563 500-g-Dose (500g = €24,00/kg) € 12,00
 ab 3 Dosen (500g = €22,00/kg) € 11,00

2 zum Preis von 1

Hyaluronsäure 400 mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Jede Kapsel enthält 400 mg Hyaluronsäure und 80 mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Aktion im April 2025!

Best.-Nr. 843 120 Kapseln (71g = €345,07/kg) € 24,50
 Zu jeder bestellten Packung + 1 GRATIS dazu!

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln (90g = €238,89/kg) € 21,50
 ab 3 Pack. (90g = €211,11/kg) nur € 19,00

Kürbiskernöl-Kapseln aus kbA

Gesund für Blase und Prostata. Das Öl des inhaltsstoffreichen steirischen Ölkürbisses *Cucurbita pepo L. convar. citrullina var. styriaca* aus kontrolliert biologischem Anbau gilt als besonders wertvoll.

Best.-Nr. 162 150 Kapseln (99g = €80,30/kg) € 7,95
 Best.-Nr. 161 400 Kapseln (272g = €69,85/kg) € 19,00

Magnesium-400-supra

Verbessert die Funktion und Belastungstoleranz der Muskeln, insbesondere bei Sport und fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Eine Kapsel am Tag deckt den Magnesium-Bedarf eines Erwachsenen.

Best.-Nr. 129 120 Kapseln (91g = €93,41/kg) € 8,50
 Best.-Nr. 135 300 Kapseln (229g = €76,42/kg) € 17,50

TOP

Vitamin B12 Supra 200 µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200 µg Vitamin B12.

Sonderangebot im April 2025!

Best.-Nr. 118 240 Tabletten (51g = €98,04/kg) € 6,50 ~~5,-~~
 ab 3 Pack. (51g = €88,24/kg) nur € 3,95 ~~4,50~~

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500 mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln (88g = €153,41/kg) € 13,50
 Best.-Nr. 1850 300 Kapseln (178g = €140,45/kg) € 25,00

GRATIS-TEST-Bestell-Coupon hier abtrennen, ausfüllen und einsenden!

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32

auch online einlösbar!

2-Monatspackung FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles Kosmetik-Probetset!

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/sovd250432

Namc, Vorname _____
 Straße, Nr. _____
 PLZ, Ort _____
 Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
 Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
 Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
 Helfensteinstr. 47, Abt. 32
 73342 Bad Dittzenbach
 Tel.: 073 34/96 540
 Fax: 073 34/96 54 44
 Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Bereits jedes 7. Mitglied liest die SoVD-Zeitung *digital*



+ *schneller bei Ihnen
als im Postversand*

+ *enthält alle
Landesbeilagen*

+ *für Tablets und
Smartphones*

+ *schont die Umwelt*



Wechseln Sie zum E-Paper!

Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.

Foto: Jacob Lund / Adobe Stock; Collage: SoVD

Sie können sich auch per Post anmelden.
Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:

Sozialverband Deutschland
Abteilung Redaktion
Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper